

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1980

Linz 1981

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Siegfried Haider (Linz): Zum Problem karolingischer Pfalzen in Oberösterreich	11
Fritz Mayrhofer (Linz): Zum Übergang von Linz an die Babenberger	39
† Max Neweklowsky (Linz): Marianne Willemer und Linz, ihre Ahnentafel und die oberösterreichische Familie Pirngruber	57
Georg Wacha (Linz): Marianne van Gangelt, verheiratete Marianne Willemer	81
Anneliese Schweiger (Linz): Die Stadt Linz in den Napoleonischen Kriegen. Die französischen Besetzungen der Stadt in den Jahren 1800, 1805 und 1809 und deren wirtschaftliche Auswirkungen	109
Kurt Tweraser (Fayetteville): Der Linzer Gemeinderat 1914 – 1934. Krise der parlamentarischen Demokratie	199
Buchbesprechungen	275

Dokumentiert der Gemeinderat im Jahre 1913 noch ein restriktives, das Bürgertum begünstigendes Gemeindewahlrecht, stellt der provisorische Gemeinderat von 1918 eine partielle Anpassung an die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse dar. Bei den ersten unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts abgehaltenen Gemeinderatswahlen errangen die Sozialdemokraten 33 der 60 Sitze und eine Erhöhung der Mandate von 16,7 Prozent im Jahre 1913 auf 55,3 Prozent im Jahre 1919. Das Charakteristische am Gemeinderat von 1919 war die schwache Stellung der Deutschnationalen, was deutlich ihre Abhängigkeit von einem restriktiven Wahlrecht aufzeigt. Die Christlichsozialen mit ihrer größeren Massenbasis stiegen hingegen zur zweitstärksten Partei auf. Die wirtschaftliche Notlage zwang die Parteien zur Zusammenarbeit, aber dem Wahlausgang nach lastete die Hauptverantwortung für das Gemeinwesen auf den Sozialdemokraten. Die Wahl von Josef Dametz zum Bürgermeister war praktisch einstimmig (59 Stimmen entfielen auf Dametz, eine auf Euler). Auch bereitete die Wahl der Vizebürgermeister und Stadträte keine Schwierigkeiten. Interessant ist, daß der aufgrund seiner Tätigkeit in der Rätebewegung als radikal angesehene Robert Mehr zum Vizebürgermeister gewählt wurde.¹¹³ Das Programm des neuen Bürgermeisters spiegelte die Zeitsituation wider. Die Probleme waren mit Lebensmittelknappheit, Wohnungselend und Geldentwertung klar umschrieben, die Gegenmittel waren teuer, die Gemeindekasse leer. Zur Deckung der Ausgaben schlug Dametz die Reform des unzeitgemäßen Steuer- und Umlagewesens sowie die Kommunalisierung gewisser Zweige der Produktion vor, Forderungen, die zu diesem Zeitpunkt von den bürgerlichen Kräften noch ohne Widerspruch hingenommen wurden.¹¹⁴ Die Kommunalisierungen führten zu keiner Veränderung der wirtschaftlichen Struktur, trugen aber zur Vergiftung der politischen Atmosphäre bei. Eine der ersten Kampfabstimmungen in dem bis dahin einstimmig agierenden Gemeinderat erfolgte im März 1920 über einen sozialdemokratischen Antrag, der Gemeinde die finanzielle Beteiligung an den Arbeiterbrotwerken zu ermöglichen.¹¹⁵ Ungleich ihrer Wiener Kollegen, konnten sich die Linzer Sozialdemokraten nicht auf eine starke kommunale Wirtschaftsstruktur stützen, wie sie in Wien unter Bürgermeister Lueger geschaffen worden war.¹¹⁶ Darüber hinaus eröffnete die

¹¹³ AStL, GPR vom 11. Juni 1919. Robert Mehr, im Landtag und im Gemeinderat von 1918 bis 1932, mehrere Male Stadtrat und Vizebürgermeister sowie von 1927 bis 1929 Bürgermeister, war die „bete noire“ der Linzer Politik. Gehaßt von den Bürgerlichen und unbeliebt in sozialdemokratischen Kreisen, nahm seine politische Karriere 1932 ein unrühmliches Ende. Seine unzweifelhaft politische Begabung wurde von seinen Charakterschwächen neutralisiert. Vgl. Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 187 f.; Grüll, Bürgermeisterbuch (wie Anm. 30), 114 f.; Koref, Gezeiten (wie Anm. 12), 124; AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 100, Dok. 166 539/29.

¹¹⁴ Im Juli 1919 wurde ein 24gliedriger Kommunalisierungsausschuß, bestehend aus 14 Sozialdemokraten, 6 Christlichsozialen und 4 Großdeutschen, in Anlehnung an das von der Konstituierenden Nationalversammlung beschlossene Sozialisierungsgesetz gebildet. Vgl. AStL, GPR vom 30. Juli 1919.

¹¹⁵ Der Antrag wurde mit 26 Stimmen der Sozialdemokraten gegen 23 der Christlichsozialen und Großdeutschen angenommen. AStL, GPR vom 30. März 1920. Einen kuriosen Höhepunkt erreichten die sozialdemokratischen Kommunalisierungsbestrebungen mit dem Erwerb einer Rauchfangkehrerkonzession durch die Stadt. Von den bürgerlichen Parteien wurde sie erbittert bekämpft. Der Antrag wurde knapp mit 24 gegen 22 Stimmen angenommen. AStL, GPR vom 2. Dezember 1921.

¹¹⁶ Felix Czeike, Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861–1934), dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, Wien 1962.

klein- und mittelbetriebliche Wirtschaftsstruktur der Stadt Linz den Sozialdemokraten kein weites Feld für wirtschaftlichen Einfluß. Von größerer Bedeutung war ihre Möglichen und sozialen Not, und nur mit Mühe konnten die Parteiführer ihre Vertrauensmänner davon überzeugen, den Weltanschauungskampf auf bessere Tage zu verschiedungsfreiheit der Unternehmer einzuschränken. Für die bürgerlichen Kräfte stellte sich eine gewerkschaftliche Organisation allerdings als „Betriebsterror“ dar.¹¹⁷ Man kann zwar nicht von der Hand weisen, daß sich übereifrige Gewerkschaftsfunktionäre des Gesinnungszwanges schuldig machten. Die demagogische Aufbauschung einzelner Konflikte zu „Terrorfällen“ seitens der bürgerlichen Parteien trug aber erheblich zur Vergiftung des politischen Lebens bei.

Des öfteren kam auch die Rolle der Rätebewegung im Gemeinderat zur Sprache. So kam es im Juli 1919 zu einer Interpellation des christlichsozialen Vizebürgermeisters Dr. Josef Stampfl¹¹⁸ über eine Äußerung des Linzer Arbeiterrates Strasser auf einer Konferenz in Wien, wonach der Gemeinderat von Linz keine für die Arbeiter wichtigen Beschlüsse ohne Zustimmung des Arbeiterrates fassen könne.¹¹⁹ Im Februar 1920 führte eine Intervention des Arbeiterrates in einer Gerichtsvollstreckung zu einer erregten Debatte, in der die bürgerlichen Parteien sich für die Auflösung aller Räte aussprachen. Der Zeitpunkt für diese Forderung war denkbar unglücklich gewählt, da infolge erneuter kommunistischer Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Räte, diese noch immer eine wichtige Funktion in der Eindämmung des Radikalismus hatten. So war es bereits am 3. Februar 1920 zu einer von Kommunisten provozierten Demonstration der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen mit teilweiser Besetzung des Landhauses gekommen.¹²⁰ Die Spannungen kulminierten in den blutig von Gendarmerie, Volkswehr und städtischer Sicherheitswache unterdrückten Ausschreitungen vom 10. Mai, die Bürgermeister Dametz als verbrecherische Auftritte gewissenloser Elemente bezeichnete, mit der die organisierte Arbeiterschaft absolut nichts zu tun hätte.¹²¹

Wie weit sich das politische Klima in Linz bereits verschlechtert hatte, ist aus einer Debatte über die an sich unbedeutende Frage der Überlassung von städtischen Pachtgründen an den Arbeiter-Turnverein zu ersehen. Bei den Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Großdeutschen wurde mit Verbalinjurien nicht gespart und die Großdeutschen nahmen schließlich zu einem Boykott der Gemeinderatssitzung Zuflucht.¹²² Bereits im Jänner 1920 hatte Landeshauptmann-Stellvertreter Schlegel anlässlich der Angelobung von Vizebürgermeister Sadleder pointiert ausgeführt, daß durch die Zusammenarbeit niemand in seiner politischen Überzeugung geschädigt

¹¹⁷ AStL, GPR vom 17. Oktober 1919 und 14. Juli 1920 für angebliche Überschreitungen des Kompetenzbereiches durch Betriebsräte in der Verwaltung der Stadt Linz und im Allgemeinen Krankenhaus.

¹¹⁸ Dr. Josef Stampfl, im Gemeinderat von 1918 bis 1938, war der Sprecher der Christlichsozialen in Linz und einer der markantesten Vertreter des politischen Katholizismus. Er war maßgeblicher Funktionär im Katholischen Volksverein und in verschiedenen katholischen Vorfeldorganisationen, wie dem Bauern- und Kleinhäuslerbund. Dazu Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 246 und AStL, Mandatarskartei.

¹¹⁹ AStL, GPR vom 11. Juli 1919.

¹²⁰ Slapnicka, Von Hauser (wie Anm. 4), 44; AStL, GPR vom 20. Februar 1920.

¹²¹ AStL, GPR vom 21. Mai 1920.

¹²² Wie Anm. 121.

werde.¹²³ Die Zusammenarbeit der politischen Parteien war ein Kind der wirtschaftlichen und sozialen Not und nur mit Mühe konnten die Parteiführer ihre Vertrauensmänner davon überzeugen, den Weltanschauungskampf auf bessere Tage zu verschieben. So hieß es in einer Entschliebung der Linzer Volksvereinstagung vom 3. Februar 1920, daß die Koalition mit der Sozialdemokratie das (ideologische) Schwert nicht stumpf werden lassen dürfe, denn sobald wieder fester Boden unter den Füßen sei, wird der Weltanschauungskampf, den jetzt in der Zeit der wirtschaftlichen Not heraufzubeschwören unverantwortlich wäre, ausgefochten werden.¹²⁴ Das sozialdemokratische Echo blieb nicht aus. Ein paar Tage später verkündete der Landtagsabgeordnete Baumgärtel die frohe Botschaft, daß, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert hätten, der Kampf um die eminent wichtigen Kulturfragen entbrennen würde. Dann würde es notwendig werden, daß alle wirklich freiheitlich Gesinnten sich um die Fahne des Sozialismus scharen, um die römischen Finsterlinge niederringen zu können.¹²⁵

Das Unbehagen mit der Koalition auf gesamtstaatlicher Ebene – eine Koalition, die von beiden Seiten als eine Belastung empfunden wurde – machte sich auch in der Gemeinderatspolitik bemerkbar. Die Schärfe der Debatten erreichte einen Höhepunkt nach dem Zusammenbruch der Koalition. Ein gutes Beispiel stellte ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag dar, in der Bundesverfassung die Steuerautonomie der Gemeinden zu sichern, der gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen wurde, die sich für das Aufsichtsrecht der Länder, in der sie ja die Mehrheit hatten, einsetzten. Der leicht erregbare Gruber schimpfte, daß im Jahre 1918 die Sozialdemokraten vielleicht einen Fehler gemacht hätten, als sie nicht voll und ganz zugriffen, während die Bürgerlichen noch in ihren Mauslöchern steckten. Jetzt hielten sie die Zeit für gekommen, den Gang der Dinge nach ihrer Meinung beeinflussen zu können. Einen Putsch von links wünschten die Sozialdemokraten selbst nicht; der Putsch von rechts wurde durch die Christlichsozialen vorbereitet.¹²⁶ Die Nationalratswahlen vom 17. Oktober 1920 brachten auch in Linz einen Rechtsruck und den Sozialdemokraten eine große Enttäuschung. Der Wahlkampf war erbittert geführt worden und Absprachen der drei Parteien im Lande, Störungen gegnerischer Versammlungen zu vermeiden, wurden nicht immer befolgt.¹²⁷ Nach den Wahlen sah der Gemeinderat allerdings ein halbes Jahr gedeihlicher Zusammenarbeit aller Parteien.

Mit dieser Wahl hatte die Christlichsoziale Partei ihr Selbstvertrauen wiedergewonnen, doch war dies wohl mehr eine Frucht ihrer Erfolge auf dem Lande. Das Ergebnis der Arbeiterkammerwahlen vom März 1921 war jedenfalls für sie niederschmetternd.¹²⁸

¹²³ AStL, GPR vom 16. Jänner 1920.

¹²⁴ Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 156 f.

¹²⁵ Linzer Tagblatt vom 15. Februar 1920. Der weitaus klügere Gruber zeigte in der Frage des Kulturkampfes keine Engstirnigkeit. So warnte er z. B. seine Parteikollegen bei einem Antrag auf Errichtung eines Krematoriums – eine Prinzipienfrage für die Christlichsozialen – die Sache nicht zu übereilen, da es ein Hohn auf die gegenwärtig herrschende Wohnungsnot wäre. *Wir haben jetzt in erster Linie für die Lebenden zu sorgen, nicht für die Toten.* AStL, GPR vom 26. April 1919.

¹²⁶ AStL, GPR vom 17. September 1920.

¹²⁷ Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 234; Koref, Gezeiten (wie Anm. 12), 99 und 104.

¹²⁸ Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 202; Wilhelm Rausch, Geschichte der Arbeiterkammer in Linz von den Anfängen bis 1949, masch. Manusk., Linz 1971; Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 1. April 1921.

Trotz flauer Wahlagitation und geringer Wahlbeteiligung gelang es den Sozialdemokraten von 57 möglichen Mandaten 48 zu erobern. Besonders augenfällig war ihre Überlegenheit in den Arbeitersektionen, wo sie 33 von 35 möglichen Mandaten erzielten. Gut schnitten sie auch in der Sektion Verkehrsangestellte ab (9 von 11 Mandaten). Lediglich in der Sektion Angestellte, in der die christlichen und die deutschvölkischen Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hatten, errangen sie nur 6 von 11 möglichen Mandaten. Auch in Linz erlangte somit die christliche Arbeiterbewegung keine ausschlaggebende Bedeutung. Die dominante Stütze der Christlichsozialen in der Stadt war und blieb das mittelständische Bürger- und Beamtentum.¹²⁹

Die karlistischen Restaurationsversuche im Jahre 1921 enthüllten auch im Linzer Gemeinderat, wie weit sich die Fronten zwischen dem bürgerlichen und dem sozialdemokratischen Lager bereits verhärtet hatten. Der symbolische Protest der Sozialdemokraten gegen die Restaurationsversuche bestand in einem Dringlichkeitsantrag, Plätze- und Straßenbezeichnungen, die an die Monarchie erinnerten, zu ändern, z. B. den Franz-Josef-Platz in Platz des 12. November. Der Antrag wurde von den Christlichsozialen mit allgemeinem Gelächter quittiert und von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.¹³⁰ Scharfzüngig wie immer, konzidierte Gruber Verständnis für die ablehnende Haltung des christlichsozialen Sprechers, Vizebürgermeister Dr. Stampfl, da die Zugehörigkeit zur Christlichsozialen Partei zu jeder Zeit eine affirmative Haltung zum habsburgischen Herrschergeschlecht impliziere. Er könnte aber die Haltung des Großdeutschen Sadleder nicht begreifen, der, wenn es sich um ein Bekenntnis zum Freisinn handelte, jedesmal unter die klerikale Kutte krieche.¹³¹ Die bürgerlichen Kräfte blieben die Antwort auf die sozialdemokratische Anklage, kein Verständnis für die Republik zu zeigen und im Grunde verkappte Monarchisten zu sein, nicht schuldig. Ihr Sprecher Georg Stempfer¹³², ein wortgewaltiger Priesterpolitiker, drehte den ideologischen Spieß um und klagte die Sozialdemokraten an, daß sie es wären, die nicht auf dem Boden der Republik stünden. „Sie haben es auf Ihre Parteifahne geschrieben, daß Ihr einziges Ideal nicht die demokratische, sondern die sozialistische Republik ist. Sie selbst sind ja in Wirklichkeit programmatisch Gegner der bestehenden Republik.“¹³³ Gruber antwortete mit einer dezidierten Grundsatzklärung:

„Die Vorstufe der sozialistischen Republik ist die demokratische Republik, die Plattform, auf der wir uns durch Ausnützung aller gesetzlichen Mittel die sozialistische Republik erkämpfen werden. Die sozialistische Republik ist unser Ziel. . . . Deshalb, weil die demokratische Republik die Vorbedingung zur Erlangung der sozialistischen Republik ist, verteidigen wir sie mit Zähnen und Klauen.“¹³⁴

¹²⁹ Kern, Bauern- und Kleinhäuslerbund (wie Anm. 4), 190; Salzer, Christliche Arbeiterbewegung (wie Anm. 13).

¹³⁰ Die Umbenennung von Straßen und Plätzen wurde in der Regel mit 28 sozialdemokratischen gegen 22 bürgerliche Stimmen angenommen. AStL, GPR vom 8. November 1921.

¹³¹ AStL, GPR vom 28. Oktober 1921.

¹³² Georg Stempfer, im Gemeinderat von 1919 bis 1927, im Nationalrat von 1920 bis 1925, organisatorisch besonders dem Landarbeiterbund verbunden, war wohl der begabteste Ideologe, den die Christlichsozialen im Gemeinderat hatten. Dazu Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 252 f.; AStL, Mandatskartei.

¹³³ AStL, GPR vom 28. Oktober 1921.

¹³⁴ Wie Anm. 133 und GPR vom 8. November 1921.

Die gegenseitigen Feindbilder hatten sich kristallisiert. Das Image des Bürgertums war in sozialdemokratischen Augen, daß es grundsätzlich von Parteien vertreten wurde, die antirepublikanisch und antidemokratisch waren.¹³⁵ Das Spiegelbild der Sozialdemokratie in bürgerlichen Augen war, daß sie im Grunde eine „bolschewistische“ Partei und gegen die parlamentarische Demokratie sei. Der Verzicht der Sozialdemokraten auf eine sofortige Verwirklichung ihrer Ziele wurde vom Bürgertum als Verschleierung ihrer wirklichen Absichten angesehen. Die wirkliche Intention war die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Einer solchen Entwicklung konnte nur durch Aufstellung eigener Wehrformationen entgegengetreten werden.

Infolge der reservierten Haltung der oberösterreichischen christlichsozialen Führerschaft, besonders Landeshauptmann Hausers, gegen eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gegner, waren es die von Skrupeln nicht befangenen Legitimisten, die anfangs die Heimatschutzbewegung dominierten.¹³⁶ Mitte 1921 war es den Scharfmachern in den bürgerlichen Parteien gelungen, die Legitimisten aus der Führungsspitze der oberösterreichischen Heimwehr zu verdrängen und den Widerstand der gemäßigten, auf Verständigung mit der Sozialdemokratie gerichteten Kräfte zu schwächen. Bereits im Frühjahr 1921 hatte die Landesregierung die Satzungen des Selbstschutzverbandes genehmigt; die großdeutsch orientierte Industrie- und Geschäftswelt subventionierte ihn. Ihr Sprecher war Vizebürgermeister Sadleder, der als Präsident der Ister-Handelsgesellschaft, einer Vereinigung von „arischen oberösterreichischen Industriellen“ auch im Landesausschuß der Heimwehr saß.¹³⁷

Diese Radikalisierung der oberösterreichischen Politik spiegelt sich auch im Gemeinderat wider. Im April 1922 kam es zu einer Interpellation des sozialdemokratischen Kronjuristen Dr. Hermann Schneeweiß¹³⁸ wegen Waffen, die von Angehörigen des Arbeiterrates in den Geschäftsräumen der Fa. Kraus & Schober entdeckt worden waren. In einer seiner letzten Interventionen in der Gemeindepolitik stellte der Arbeiterat fest, daß ein wichtiger Teil der Selbstschutzorganisation die deutschvölkischen Turner wären und daß Vizebürgermeister Sadleder in innigem Kontakt mit ihr stünde.¹³⁹ Die Arbeiterschaft verlange die Auflösung dieser staatsgefährlichen Organisation und den Rücktritt Sadleders. Unglücklicherweise leitete der temperamentvolle Vizebürgermeister Mehr für den erkrankten Bürgermeister Dametz die Sitzung, was nicht zur Beruhigung der erhitzten Gemüter beitrug und Mehrs Reputation in bürgerlichen Augen ein für allemal untergrub. Die Bürgerlichen betrachteten die Waffenfunde einerseits als eine von den Sozialdemokraten inszenierte Komödie, andererseits rechtfertigten sie die enge Verbindung Linzer Kaufleute mit der Heimwehr als Antwort auf die im De-

¹³⁵ So klagte Gruber z. B. die Christlichsozialen an, Soldknechte der Dynastie und der Klerisei zu sein. Zu den Großdeutschen gewendet, erklärte er, daß sie sich, indem sie sich ganz offen auf der Straße als Hakenkreuzleute gerierten, sich auch als Gegner der Republik entlarvten, denn das Hakenkreuz sei das Zeichen des politischen Mordes. AStL, GPR vom 28. Oktober 1921.

¹³⁶ Für Oberösterreich Rape, Heimwehren (wie Anm. 22), 176–185; allgemein dazu Ludwig Jedlicka, Die Anfänge des Rechtsradikalismus in Österreich (1919–1925). In: Vom alten zum neuen Österreich, Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte, St. Pölten 1975, 199–214.

¹³⁷ Rape, Heimwehren (wie Anm. 22), 184.

¹³⁸ Schneeweiß, Gemeinderat von 1919 bis 1934 und Stadtrat von 1919 bis 1923, war der einzige Politiker jüdischer Herkunft, der zur Parteielite in Oberösterreich gezählt werden kann. AStL, Mandatarskartei.

¹³⁹ AStL, GPR vom 27. April 1922; Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 21.

zember 1921 in Wien stattgefundenen Plünderungen.¹⁴⁰ Sadleder verteidigte die enge Verbindung seiner Partei mit dem Selbstschutzverband damit, daß nach Ausschaltung der von karlistischen Ideen motivierten Aristokraten die finanziellen und ideologischen Sympathien der Linzer Geschäftswelt und des Turnerbundes 1919 eine logische Folge der Bewaffnung des Proletariats durch die Arbeiterräte und des sozialistischen Betriebsterrors gewesen sei. Er selbst gab offen zu, daß er in enger Verbindung mit dem Selbstschutzverband stünde und ihn finanziell unterstütze.¹⁴¹ Die sozialdemokratische Diagnose war eindeutig. Es bestünde eine auf monarchistischer Grundlage beruhende konterrevolutionäre Bewegung. Gruber interpretierte die Selbstschutzbewegung als ein Diktat des Klassenhasses und warnte, wie üblich, aber mit immer geringerer Überzeugungskraft, vor den prekären Konsequenzen der bürgerlichen Politik der Reaktion.¹⁴²

Im Rahmen der sich verstärkenden aggressiven Frontstellung beließ es die Sozialdemokratie nicht nur bei Protesten und Drohungen, sondern beantwortete den Aufbau bewaffneter Wehrorganisationen im bürgerlichen Lager mit der Gründung des Republikanischen Schutzbundes im Frühjahr 1923.¹⁴³ In Oberösterreich war es Richard Bernaschek, der von Gruber und Dametz als der geeignete Mann für den Aufbau des Schutzbundes betrachtet wurde.¹⁴⁴ Er spielte in der Gemeinderatspolitik jedoch keine Rolle.

Die Eingemeindung von Kleinmünchen war eine der letzten realen Siege der Sozialdemokratie in Linz. Vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts waren auch die bürgerlichen Parteien für die Eingemeindung. Da die Änderung des Wahlrechts in dem überwiegend industriellen Kleinmünchen den Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs versprach, änderte sich die Einstellung der bürgerlichen Parteien; sie forderten eine Vertagung der Abstimmung im Gemeinderat. Da in nächster Zeit Neuwahlen stattfinden würden, sollte der neugewählte Gemeinderat die Verantwortung übernehmen.¹⁴⁵ In der folgenden Kampfabstimmung siegten die Sozialdemokraten mit 31 gegen 27 Stimmen der bürgerlichen Parteien.¹⁴⁶

Allerdings war der Triumph der Sozialdemokraten, wie sie selbst klar erkannten, eine Funktion der Kooperationsbereitschaft der bürgerlichen Parteien im Landtag, da ja

¹⁴⁰ Der sogenannte Schaufenstersturm in Wien vom 1. Dezember 1921 war ein spontaner Ausbruch der Unzufriedenheit und Verzweiflung, der sich hauptsächlich gegen das von der Inflation profitierende Großhandels- und Finanzkapital richtete. Vgl. Botz, Gewalt (wie Anm. 60), 78 ff.

¹⁴¹ AStL, GPR vom 27. April 1922.

¹⁴² So warnte Gruber die bürgerlichen Kräfte wie folgt: *Die Revolution des Jahres 1918 war in Österreich nicht wegen Ihres Einflusses, sondern kraft unseres Einflusses auf die Arbeitermassen eine vollständig unblutige. Treibt man es noch einmal zum Bürgerkriege, dann können die enttäuschten Massen auf das Wort ihrer Führer einfach nichts mehr geben und sie müssen schrankenlose Rache üben.* AStL, GPR vom 27. April 1922.

¹⁴³ Dazu allgemein Christine Vlcek, Der republikanische Schutzbund in Österreich, phil. Diss., Wien 1971.

¹⁴⁴ Kykal – Stadler, Richard Bernaschek (wie Anm. 56), 32; Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 17 ff.

¹⁴⁵ AStL, GPR vom 9. März 1923.

¹⁴⁶ Wie Anm. 145. Allgemein dazu Rudolf Peter Altmüller, Die Linzer Eingemeindungen. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Landeshauptstadt Linz, Linz 1965 (Sonderpublikationen zur Linzer Stadtgeschichte).

Eingemeindungen dessen Zustimmung bedurften. Eine Einigung der Parteienvertreter kam im April zustande.¹⁴⁷ So hieß es in einer sozialdemokratischen Publikation:

Wir haben in Oberösterreich . . . keine besondere Veranlassung, uns über die städtefeindliche Haltung der Christlichsozialen zu beklagen, die in anderen Ländern in Erscheinung tritt. Die Autonomie der beiden von Sozialdemokraten verwalteten Statutarstädte [Linz und Steyr] wird auch dort respektiert, wo den Interessen der Christlichsozialen widersprechende Beschlüsse gefaßt wurden, z. B. bei der Vereinigung der Gemeinde Kleinmünchen, die eine überwiegend proletarische Bevölkerung hat, mit Linz.¹⁴⁸

Das Beispiel Kleinmünchen demonstriert, daß auf Landesebene die Arbeitsgemeinschaft der Parteien noch zufriedenstellend funktionierte, während auf Stadtebene die Mehrheitspartei es sich nicht immer versagen konnte, ihre numerische Überlegenheit ins Spiel zu bringen, eine Taktik, die von den bürgerlichen Parteien als Vergewaltigung und Marxistenherrschaft abgeurteilt wurde. Es wurde aber auch sachliche Arbeit geleistet, speziell bei den Budgetberatungen. In einer konziliananten Rede führte z. B. Gruber etwas übertreibend aus, daß sich der Linzer Gemeinderat von den Gemeinderäten anderer Städte dadurch unterscheide, daß fast alle wichtigeren Anträge einstimmig beschlossen würden¹⁴⁹, und Dametz führte die gedeihliche Zusammenarbeit der Parteien darauf zurück, daß alle Ausschüsse nach dem Verhältnis der Stärke der Parteien besetzt wären.¹⁵⁰

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, daß sich im Gemeinderat 1919 – 1923 konvergierende und divergierende Interessen noch die Waage hielten. Einstimmige Zusammenarbeit in Fragen des wirtschaftlichen Überlebens der Stadt wurde gelegentlich durch Kampfabstimmungen über ideologisch brisante Probleme unterbrochen. Die antimarxistische Tendenz, die die politische Atmosphäre in der Republik zunehmend vergiftete, ist auch im Gemeinderat bemerkbar. Die politischen Gemeinsamkeiten zwischen der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Lager konnten dem zunehmenden Versäulungsprozeß nicht Einhalt gebieten. Den von den Christlichsozialen geduldeten und von den Großdeutschen aktiv geförderten paramilitärischen Verbänden setzten die Sozialdemokraten ihren eigenen Wehrverband entgegen. Das Selbstgefühl der Sozialdemokraten war noch stark, konnten sie sich doch als Behüter des hauptsächlich von ihnen geschaffenen und gegen den Linksradikalismus erfolgreich verteidigten Gemeinwesens betrachten. Ihre Zukunftsgläubigkeit war aber etwas angekränkt von der Furcht, daß sie vom wiedererstarkten Bürgertum um die Früchte ihres Sieges von 1918 gebracht werden könnten. Die Verbalradikalität eines Gruber muß aus dieser zwiespältigen Situation des bereits als labil gesehenen „Gleichgewichtes der Klassenkräfte“ erklärt werden. Der Rückgang wirklicher sozialdemokratischer Macht, der sich im Resultat der Nationalratswahlen von 1920 auf gesamtstaatlicher Ebene manifestierte, schien sich 1923 auch in Linz abzuzeichnen.

Die Gemeinderatswahlen vom 24. Juni 1923 bestätigten im wesentlichen das Ergebnis der Nationalratswahl von 1920. Sie brachten den Sozialdemokraten wohl absolute Stimmengewinne, die aber hauptsächlich auf die Eingemeindung von Kleinmünchen

¹⁴⁷ AStL, GPR vom 20. April 1923.

¹⁴⁸ Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1927, Linz 1928, 24.

¹⁴⁹ AStL, GPR vom 20. Mai 1923.

¹⁵⁰ AStL, GPR vom 6. Juli 1923.

Tabelle 3. Vergleich der Nationalratswahlen 1920 mit den Gemeinderatswahlen 1923 *

	SD	CS	GD	KP	NS
NR 1920	23.792	13.476	13.389	740	—
	46,13	26,13	25,96	1,43	—
GR 1923	28.038	15.155	9.159	854	4.533
	48,60	26,30	15,70	1,50	7,90

* Quellen: AStL, Alte Registratur, Sch. 85; Wahlen in Österreich, 3. Bd., Wien 1966.

zurückzuführen waren. Die Christlichsozialen behaupteten ihre Stellung. Der starke Rückgang der Großdeutschen ist durch Abwanderung von Wählern zu einer radikaleren Alternative, den Nationalsozialisten, zu erklären. Die Kommunisten blieben bedeutungslos.¹⁵¹ Die neue Mandatsverteilung, 30 Sozialdemokraten (SD), 16 Christlichsoziale (CS), 10 Großdeutsche (GD) und 4 Nationalsozialisten (NS), aufgrund welcher die antimarxistischen Kräfte den Sozialdemokraten mit 30:30 die Waage hielten, dokumentiert den relativen Kräfteverfall der Sozialdemokraten, der auch aus dem Absinken der Parteimitgliedschaft zwischen 1922 und 1924 ersichtlich ist.¹⁵²

Das erhöhte Selbstvertrauen der bürgerlichen Kräfte zeigte sich sofort bei der Wahl der Gemeinderatsfunktionäre. Wohl wurde Dametz wieder einstimmig zum Bürgermeister gewählt, was auf seine auch in den Augen der Opposition untadelige Geschäftsführung, Fairneß und Kompetenz als Stadtoberhaupt zurückzuführen war. Die Wahl der Vizebürgermeister und der Stadträte zog sich aber über zwei Monate hin. Die Christlichsozialen, die Großdeutschen und die Nationalsozialisten hatten sich zwecks Kooperation in der Wahl des Stadtrates zu einer Parteiengruppe zusammengeschlossen. Da sie 50 Prozent der Mandate stellten, verlangten sie auch 50 Prozent der Stadträte.¹⁵³ Die besondere Abneigung der bürgerlichen Kräfte galt dem von den Sozialdemokraten als Vizebürgermeister nominierten Robert Mehr. Die drei antimarxistischen Parteien verließen demonstrativ den Sitzungssaal und machten dadurch seine Wahl unmöglich.¹⁵⁴ Diese Maßnahme stellte eine flagrante Verletzung der bisherigen Praxis dar, es den Parteien zu überlassen, wen sie für die Funktionen nominieren wollten. Nachdem Mehr von seiner Kandidatur zurückgetreten war, nominierten die Sozialdemokraten Franz Resch, der, ironischerweise genau so militant wie Mehr, mit 48 Stimmen und 11 Enthaltungen zum 1. Vizebürgermeister gewählt wurde.¹⁵⁵ Als Vergeltung für die Ablehnung Mehrs verhinderten die Sozialdemokraten die Wahl des Großdeutschen Sadleder zum 3. Vizebürgermeister, der auf seine Kandidatur verzichtete.¹⁵⁶ Diese Auseinandersetzungen stellten kein gutes Omen für die künftige Arbeit des Gemeinderates dar.

¹⁵¹ Da die Wahlzahl 916 war, verfehlten sie ein Gemeinderatsmandat um 62 Stimmen. AStL, Alte Registratur, Sch. 85.

¹⁵² Die Mitgliederzahlen der Sozialdemokraten für die Bezirksorganisation Linz betrugen 1922 14 718, 1923 12 969, 1924 12 225 und 1925 10 473. Vgl. Bericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1931, 14 f.

¹⁵³ AStL, GPR vom 13. Juli 1923.

¹⁵⁴ Nach dem Gemeindestatut mußten mindestens 32 Gemeinderäte zur Wahl eines Vizebürgermeisters anwesend sein. Gemeindevertretung der Stadt Linz (wie Anm. 33), 35.

¹⁵⁵ AStL, GPR vom 28. Juli 1923. Resch war ein militanter Antiklerikaler und trat 1926 wegen eines Zuschusses der Stadt Linz zur Errichtung der Kreuzschwesternschule zurück. AStL, Mandatskartei.

¹⁵⁶ AStL, GPR vom 26. September 1923.

Das numerische Verhältnis der Parteien machte es schwierig, aber nicht unmöglich, Beschlüsse aufgrund von Kampfabstimmungen zu fassen.¹⁵⁷ In Fragen der Steuerpolitik wehrte sich das besitzende Bürgertum natürlich gegen jede Besteuerung von Grund und Boden, Hausbesitz und Vermögen. Den Sozialdemokraten erwuchs Hilfe von unerwarteter Seite, nämlich den Nationalsozialisten, mit deren Stimmen einige Reformen beschlossen werden konnten. Die Nationalsozialisten befanden sich in Linz zu jener Zeit noch in einer Übergangsphase, in der sozialreformatrische und faschistische Züge sich die Waage hielten. Zwar demonstrierten sie in ihrer Ablehnung des Parteiensystems ihre antidemokratischen Neigungen, andererseits aber zeigte ihr sozialreformatrisches Programm einige Berührungspunkte mit den Sozialdemokraten.¹⁵⁸

In der Legislaturperiode von 1923 bis 1927 bestanden die größten Probleme des Gemeinderates in der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit und der Geldbeschaffung. Es waren eminent praktische Probleme, geladen mit hochemotionellen ideologischen Inhalten, die in den Debatten wohl eine ebenso große Rolle wie die sachlichen Erfordernisse spielten. Darüber hinaus stellten sie eine stehende Einladung für das Eindringen der großen Politik in die Stadtpolitik dar.

Die Wohnungsmisere in Linz wurde von allen Parteien anerkannt.¹⁵⁹ Umstritten war, wer die Wohnungen errichten sollte, die private Industrie oder die öffentliche Hand, die Art des Bauprogramms, ob Einfamilienhäuser oder große Wohnblocks, und wie man Einnahmequellen für die Bauten erschließen könnte und sollte, aus den Mitteln des Bundes und des Landes durch eine die Städte begünstigende Abgabenteilung, durch Anleihen oder durch steuerliche Belastung der kapitalkräftigeren Bevölkerungsschichten zugunsten der ärmeren. Mit Bund und Land von bürgerlichen Kräften beherrscht, mit den bürgerlichen Kräften natürlich gegen progressive Besteuerung – man darf nicht vergessen, daß der „Bauernlandtag“ die Finanzhoheit über die Stadt besaß – blieb als Hauptfinanzierungsquelle Anleihen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die man durch erhöhte Bautätigkeit in den Griff zu bekommen hoffte, mußten sich beide Seiten zu Kompromißlösungen durchringen. 1927 war es der Stadt gelungen, die allergrößten Mißstände auf dem Wohnungsmarkt zu beseitigen.¹⁶⁰ So wurde vom Gemeinderat im Oktober 1923 ein beträchtlicher Bauzuschuß an die Baugenossenschaft der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten einstimmig angenommen, nachdem die Sozialdemokraten die Zusicherung gegeben hatten, daß bürgerliche Baugenossenschaften gleich behandelt würden.¹⁶¹ Ein paar Wochen später führte die Notstandsmaßnahme, eine Schule vorübergehend für Wohnzwecke zu benutzen, zu einer erhitzten Debatte, in der die Sozialdemokraten Bund und Land für das Woh-

¹⁵⁷ Josef Stöger, Das Abgabewesen in Linz. In: Die Städte Deutschösterreichs, I. Bd., hrsg. v. Erwin Stein, Berlin 1927, 241–248.

¹⁵⁸ Zur Analyse der Nationalsozialisten vgl. Evan Bukey, The Nazi Party in Linz, Austria, 1919–1939. A Sociological Perspective. In: German Studies Review, I (October 1978), 302–326; Gerhard Botz, Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 21. Jg. (März–April 1977), 102–108; für Salzburg Ernst Hainisch, Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913–1925). In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, 108 (1977), 371–410.

¹⁵⁹ Über die Linzer Wohnverhältnisse, die nicht nur durch eine akute Wohnungsnot, sondern auch durch einen Tiefstand der Wohnkultur gekennzeichnet waren, vgl. Beiträge zur Raumforschung im Großraum von Linz. In: Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1957, 14–36.

¹⁶⁰ Kulczycki, Dametz (wie Anm. 30), 202 ff.

¹⁶¹ AStL, GPR vom 26. Oktober 1923.

nungselend verantwortlich machten. Die Gemeinde, klagte Gruber, sei vollständig vom Landtag abhängig, in dem die Bauern das entscheidende Wort hatten; diejenigen, die das Geld haben, bauten nicht; die Genossenschaften seien am Ende ihrer Kraft und der Bund gäbe nichts aufgrund der „Sanierung“ der Staatsfinanzen, die sich immer mehr zu einer Plünderung der breiten Massen auswüchse.¹⁶²

Kam es zu Kampfabstimmungen, lieferten die Nationalsozialisten die nötigen Stimmen. 1925 kam es zu einer stürmischen Konfrontation von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten einerseits, Christlichsozialen und Großdeutschen andererseits über den Bau von 130 Kleinwohnungen, wobei der sozialdemokratisch-nationalsozialistische Antrag den Reihenhausbau unterstützte, der bürgerliche Gegenantrag auf eine Kleinsiedlungsaktion hinauslief. Die Debatte erreichte ihren rhetorischen Höhepunkt mit dem Beitrag des bereits erwähnten Innviertler Streithahns Georg Stempfer, der erklärte, daß die Sozialdemokraten kein Privateigentum duldeten, während die bürgerlichen Parteien wollten, daß ein jeder, der auf deutschem Boden wohne, ein Stück sein eigen nennen und es sich herrichten kann, wie er es will. Geradezu unerklärlich fand er es, wie die Nationalsozialisten für Zinskasernen sein könnten. Die gleichen Nationalsozialisten, die einst mit dem Rufe „Nieder mit dem Judentum“ gegen den Marxismus ausgezogen seien, sehe man heute vereint mit Marxismus und Judentum. Die Sozialdemokraten seien für das Zusammenpferchen der Menschen in Zinskasernen, da ihnen das die parteipolitische Arbeit erleichtere.¹⁶³ Die daraufhin ausbrechenden Lärmszenen machten eine fünfzehnminütige Unterbrechung der Sitzung notwendig. Der sozialdemokratisch-nationalsozialistische Antrag wurde mit 32 gegen 26 Stimmen angenommen.

Etwas vernünftigeren Ansichten triumphierten 1926 und im Frühjahr 1927. Im März 1926 nahm der Gemeinderat einstimmig einen Antrag an, der aufgrund von Parteienvereinbarungen zustandegekommen war, wonach die Gemeinde 160 Mietwohnungen bauen würde, die gemeinnützigen Baugenossenschaften 120 Mietwohnungen und 90 Einfamilienhäuser.¹⁶⁴ Das umfangreiche Wohnungsbauprogramm des Präliminares 1927 war ebenfalls nach vielwöchigen Verhandlungen zustandegekommen und wurde von allen Parteien unterstützt.¹⁶⁵ Die Arbeitslosigkeit wurde etwas eingedämmt, aber die Verschuldung der Stadt stieg rapide.¹⁶⁶ Die Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Kräften im Gemeinderat müssen auch gegen den Hintergrund des während dieser Jahre ausgefochtenen Kampfes um die Mieterschutzgesetzgebung gesehen werden. Zwar wurde der Kampf hauptsächlich in Wien geführt, doch unterschrieb man wohl auch in Linzer bürgerlichen Kreisen die Formel: Bewahrung des Mieterschutzes bedeutet Expansion der sozialdemokratischen Wohnungspolitik, was wiederum erhöhten sozialdemokratischen Einfluß bringt.¹⁶⁷

¹⁶² AStL, GPR vom 21. Dezember 1923; Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs I. 7. 1923–30. 6. 1924, 21–29.

¹⁶³ AStL, GPR vom 27. März 1925.

¹⁶⁴ AStL, GPR vom 5. März 1926.

¹⁶⁵ AStL, GPR vom 16. Februar 1927.

¹⁶⁶ Robert Mehr führte vor dem sozialdemokratischen Parteitag 1928 aus, daß die elf Millionen Schilling, die von der Gemeinde für Wohnbauten verwendet worden waren, ausschließlich durch Anleihen finanziert wurden. Gulick, *From Habsburg I* (wie Anm. 57), 491.

¹⁶⁷ Zum Linzer Arbeitsmarkt muß noch gesagt werden, daß die Wohnbautätigkeit zwar einen Rückgang der saisonalen Arbeitslosigkeit brachte, Linz aber auch an struktureller Arbeitslosigkeit besonders in der Metall- und Maschinenindustrie und bei den Handels- und Industrie-

Steuerkämpfe waren auch in Linz Machtkämpfe. Die chronische Krise der Linzer Wirtschaft während dieser Jahre erlaubte den sozialdemokratischen Vorstellungen von einer gerechten Steuerpolitik nur engen Spielraum. Zwar hatten sie klare Prinzipien, wie Besteuerung des Luxus, direkte anstatt indirekte Steuern, progressive Staffelung der Steuern, um die Steuerburden den wohlhabenderen Schichten zugunsten der ärmeren aufzulasten und darüber hinaus wollten sie die Umwandlung der Gesellschaft in ihrem Sinne herbeiführen. Diese progressive Steuerpolitik wurde von den bürgerlichen Kräften verständlicherweise abgelehnt. Die Folge war, daß jede ursprünglich ökonomische Steuerfrage sich in eine brisante Machtffrage verwandelte. Während die bürgerlichen Kräfte bereit waren, städtische Investitionen und Auslagen durch Anleihen zu finanzieren, sträubten sie sich gegen die meisten, wenn auch nicht alle Versuche, die Besitzenden zu höheren Steuerleistungen heranzuziehen. Symptomatisch ist die Reaktion der bürgerlichen Parteien zu der von den Sozialdemokraten geforderten Bodenwertabgabe. Die Christlichsozialen und die Großdeutschen betrachteten diese Abgabe als einen Angriff auf das Privateigentum.¹⁶⁸ Der Kampf um die Bodenwertabgabe erreichte seinen Höhepunkt im Jahre 1924. Die Maßnahme wurde mit 33 Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen 25 Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen angenommen und erhielt auch die Sanktion des Landes, da es dort den Sozialdemokraten gelungen war, mit den bürgerlichen Parteien eine Vereinbarung zu erzielen.¹⁶⁹ Eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten ergab sich auch anläßlich eines Zuschlages zur Landesgrundsteuer.¹⁷⁰

Die Bitterkeit der Debatten in den Jahren 1924 und 1925 war auch eine Reflexion der mangelnden Zusammenarbeit zwischen den Parteien in den Ausschüssen des Gemeinderates. Wollte die Mehrheitspartei die Stagnation in der Gemeindepolitik überwinden, mußte sie sich zu Konzessionen in Budgetfragen bereiterklären. Im Voranschlag für 1926 konzedierten die Sozialdemokraten die Ermäßigung der Grundsteuer und die Sistierung der Bodenwertabgabe. Die bürgerlichen Parteien ihrerseits stimmten einer Wertzuwachssteuer zu. Der Ton der Debatte war außerordentlich gemäßigt.¹⁷¹ Eine

angestellten litt. (Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1925). Die relative Stabilisierung und die einsetzende Hochkonjunktur brachten bis 1928 keine Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt. Selbst das beste Konjunkturjahr 1929 zeigt höhere Arbeitslosenzahlen als das Jahr 1924.

Unterstützte Arbeitslose in Linz 1923 bis 1929

	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Jänner	4429	5258	6978	7983	8359	9483	5374
Juli–August	1950	1982	3749	4430	4563	3240	2906

Zusammengestellt nach den Arbeitsmarktberichten im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz.

¹⁶⁸ AStL, GPR vom 8. November 1921.

¹⁶⁹ AStL, GPR vom 4. April 1924 und 30. Oktober 1925.

¹⁷⁰ AStL, GPR vom 19. Dezember 1924. Das Resultat war 31 Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen 26 Christlichsoziale und Großdeutsche. Zu Kampfabstimmungen kam es auch über die Deckung eines eine Million Schilling hohen Budgetabganges im Jahre 1925; Auseinandersetzungen über das Mieterschutzgesetz spielten dabei hinein. Die Bedeckung des Abganges durch Zuschläge zur Gebäude- und Grundsteuer wurde knapp mit 27 zu 26 Stimmen angenommen. AStL, GPR vom 24. Juni 1925.

¹⁷¹ AStL, GPR vom 5. Mai 1926. Im Oktober desselben Jahres wurde eine Abgabe vom Wertzuwachs bei Liegenschaften einstimmig angenommen. AStL, GPR vom 27. Oktober 1926.

ähnliche Entspannung dokumentiert sich in der Beratung des Budgets für 1927. Robert Mehr referierte über die bedrängte finanzielle Lage der Stadt. Ursachen für die prekäre Lage fand er in dem die großen Städte und Industrieorte benachteiligenden Abgabenteilungsgesetz und im Notstand der Wirtschaft, u. a. gekennzeichnet dadurch, daß Linz die relativ höchste Arbeitslosenziffer in ganz Österreich hatte. Nur die Aufnahme eines umfangreichen Kontokorrentkredites von der Zentralsparkasse Wien könne die wesentliche Steigerung der Ausgaben decken, die durch erhöhte Gehälter, Kreditkosten, Wohnbauten, öffentliche Armenfürsorge und Schulwesen verursacht waren. Das Präliminare war durch gegenseitige Verständigung in geradezu nobler Weise zustandegebracht worden, lobte Dametz.¹⁷²

Wie sehr die Sozialdemokraten durch die allgemeine wirtschaftliche Notlage in die Defensive gedrängt worden waren, demonstriert auch ihre Konzession, die städtische Polizei zu verstaatlichen. Wir haben es wiederum mit einer ökonomischen Frage zu tun – die Ausgaben für die Polizei machten ungefähr zehn Prozent des Budgets aus –, die gleichzeitig ein Politikum ersten Ranges war. Diese Frage hatte den Gemeinderat bereits seit 1919 beschäftigt. Mit dem Erstarken der bürgerlichen Kräfte nach 1920 wurden die Forderungen nach Verbundlichung immer dringender, teils als Einsparungsmaßnahme, teils aus offen politischen Gründen, um die Polizei, die von der Mehrheitspartei für politische Zwecke ausgenutzt wurde, wieder in eine der Allgemeinheit im gleichen Geiste zustehende Sicherheitseinrichtung zu transformieren.¹⁷³ Besonders aufgebracht waren die Großdeutschen und Nationalsozialisten, als im April 1924 die städtische Polizei anläßlich einer antitschechischen Demonstration völkischer Kreise gegen eine von den Behörden genehmigte Smetana-Feier allzu eifrig eingriff und es zu einigen Verletzungen kam.¹⁷⁴ Dies war in den Augen der Opposition lebender Beweis für den Mißbrauch der Polizei durch die Sozialdemokraten und führte zu einer verschärften Agitation, die Überführung der städtischen Polizei in den Bundesdienst zu realisieren.

Im Zuge der sozialdemokratischen Bestrebungen, die bürgerlichen Kräfte durch Konzessionen zum erneuten Mittragen der Verantwortung für das Gemeinwesen zu bewegen, kam es zu einer Parteienvereinbarung, neue Verhandlungen über die Verstaatlichung der städtischen Polizei zu führen.¹⁷⁵ Die Debatte zeigt, daß die Sozialdemokraten noch gewisse Illusionen über ihre Stärke hatten. Ihr Hauptsprecher in dieser Sache war Richard Strasser, dem es natürlich klar war, daß die Gemeinde mit der Verstaatlichung der Polizei ein Machtmittel aus der Hand geben würde. Die Gefahr, daß eine skrupellose Regierung die Polizei zu ihrem alleinigen Instrument mache, sei jedoch gering, führte er aus.

Die Arbeiterschaft ist doch bei uns ein Faktor, mit dem jede Regierung, auch die Regierung Seipel, rechnen muß. . . . Die Republik hat den Polizeibeamten eine Personalvertretung und Vertrauensmänner gegeben, so daß der einzelne Beamte doch auch gegenüber einer eventuellen Willkür seiner Vorgesetzten . . . geschützt ist und es heute doch nicht so leicht sein wird, sie (die Polizei) zu einem Fremdkörper im Fleische des Volkes umzugestalten.

Überdies hoffte und wußte er, daß die Tage der bürgerlichen Regierung in diesem Staate doch gezählt seien und dann die Polizei nicht nur in Linz, sondern im ganzen

¹⁷² AStL, GPR vom 16. Februar 1927.

¹⁷³ AStL, GPR vom 14. März 1924.

¹⁷⁴ AStL, GPR vom 15. April 1924; AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 099, Dok. 63 288–24 („Vorfälle bei der Smetana-Feier in Linz“), 30. März 1924.

¹⁷⁵ AStL, GPR vom 5. Mai 1926.

Lande von Sozialdemokraten verwaltet würde. Prophetischer warnte Gruber, daß vielleicht in diesem Augenblick die Größe des Opfers, das die Gemeinde bringe, noch nicht in voller Klarheit sichtbar sei.¹⁷⁶

Der Optimismus eines Strasser reflektiert wohl die Bauersche Formulierung von den 51 Prozent der Stimmen, mit denen die Sozialdemokratie den Sozialismus errichten würde. Die entsprechende Formulierung im Linzer Programm von 1926 war, daß die Partei „durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts die Staatsmacht“ erobern würde.¹⁷⁷ Im Linz von 1926 war es aber offensichtlich, daß man bestenfalls von einer neuen Phase des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ sprechen konnte, die Kompromißentscheidungen notwendig machte. Nichts änderte sich am sozialdemokratischen Ziel: die Machterweiterung der Arbeiterklasse. Aber wie es in einer parteiamtlichen Formulierung heißt, das Ziel könne mit verschiedenen Mitteln angestrebt werden.

Im heroischen, leidenschaftlichen Ansturm oder im nüchternen, vorsichtigen, kaltlogischen Ringen um das jeweils Erreichbare. Wir haben zur Zeit die letztere Taktik gewählt, den realen, örtlichen und zeitlichen Besonderheiten der oberösterreichischen Verhältnisse Rechnung tragend.¹⁷⁸

Verantwortungsbewußtsein für das Gemeinwesen bewog die Linzer Sozialdemokraten, Konzessionen zu machen, um aus der kommunalpolitischen Sterilität der Jahre 1923 bis 1925 auszubrechen. Sie ernteten wenig Dank. Die bürgerlichen Kräfte, gestützt auf gewisse radikale aus dem Zusammenhang gerissene Formulierungen des Linzer Programms, wie etwa, daß die Arbeiterschaft u. U. gezwungen wäre, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen, verstärkten ihre Bemühungen, dem sozialdemokratischen Klassengegner eine „antimarxistische Einheitsfront“ entgegenzustellen. Dies zeigte sich zehn Tage vor den Nationalrats- und Gemeinderatswahlen, als die antimarxistischen Parteien (Christlichsoziale, Großdeutsche und Nationalsozialisten) geschlossen eine Gemeinderatssitzung boykottierten, um Entscheidungen etwa über die Finanzierung eines umfangreichen Wohnbauprogramms zu verhindern.¹⁷⁹ Durch diese Obstruktion mußte eine Reihe von Arbeiten temporär eingestellt werden, was den Sozialdemokraten einen nützlichen Wahlschlager in die Hand spielte. Die von Seipel forcierte Politik der „Einheitsliste“, die von den Christlichsozialen Oberösterreichs, besonders den Bauern, nur zögernd mitgemacht wurde, erwies sich auch in Linz als ein schwerer Mißerfolg sowohl bei den Nationalratswahlen als auch bei den Gemeinderatswahlen.¹⁸⁰ Die bürgerlichen Kräfte in Linz, weniger skeptisch als auf dem Lande, hatten sich Siegeshoffnungen gemacht. Aber die Sozialdemokraten erangen bei den Gemeinderatswahlen am 24. April 1927 33.776 Stimmen (52,67 Prozent), die Einheitsliste 30.116 Stimmen (46,97 Prozent). Die neue Mandatsverteilung war: 32 Sozialdemokraten gegen 28 der Einheitsliste. In ihrer Verbitterung beschuldigten die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten des Wahlterrors und des Wahl-

¹⁷⁶ ASiL, GPR vom 30. November 1926.

¹⁷⁷ Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, beschlossen vom Parteitag zu Linz am 3. November 1926. In: Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, hrsg. v. Ernst Winkler, Wien 1971, 42.

¹⁷⁸ Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. I.–31. 12. 1927, 26.

¹⁷⁹ ASiL, GPR 13. April 1927.

¹⁸⁰ Kern, Bauern- und Kleinhäuslerbund (wie Anm. 4), 532–538. Die Nationalsozialisten unter der Führung Prokschs hatten sich aus innerparteilichen Gründen erst im letzten Augenblick entschlossen, sich dem „Bürgerblock“ anzuschließen. Proksch hatte sich aber seit 1926 bemüht, eine Annäherung an die großdeutsche Bourgeoisie auf Kosten der sozialreformerischen Züge der Nationalsozialisten herbeizuführen. Linzer Volksstimme vom 26. März 1927.

schwindels¹⁸¹, Anschuldigungen, die sich als haltlos erwiesen. Sie waren aber dann doch bereit, an den Wahlen der Gemeinderatsfunktionäre auf dem Wege von Parteivereinbarungen mitzuwirken.¹⁸²

Die Sozialdemokraten zelebrierten den 24. April 1927 als einen Freudentag des Proletariats. Der große Wahlerfolg erwies sich aber als trügerisch, da der offensichtliche parlamentarische Gewinn der Sozialdemokratie durch eine geschickte bürgerliche Politik der „Entpolitisierung“ von Bundesheer und Exekutive mehr als wettgemacht und dadurch das reale Machtgleichgewicht zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum auch in Linz empfindlich gestört wurde. Bereits im Juni 1927 kam die Umpolitisierung der Bundespolizeidirektion in Linz zur Sprache. Die Polizei rekrutierte vorwiegend Angehörige des Bundesheeres. Diese benötigten aber eine Bewilligung des vom christlichsozialen Vaugoin geleiteten Heeresministeriums, die nur Mitgliedern der christlichsozialen Soldatengewerkschaft, dem Wehrbund, gewährt wurde. Angehörige des sozialdemokratischen Militärverbandes wurden dadurch praktisch von der Rekrutierung ausgeschlossen.¹⁸³ Innerhalb weniger Jahre wurden die Polizisten in Linz gehorsame Instrumente der Bundesregierung, die nicht zögerten, auf Arbeiter zu schießen. Eine ähnliche Umpolitisierung fand auch in den Garnisonen des Bundesheeres statt. Durch eine rigoros gehandhabte Personalpolitik wurde die Macht des sozialdemokratischen Militärverbandes systematisch und erfolgreich unterminiert.¹⁸⁴

Parallel zu den illusionären Hoffnungen der Sozialdemokraten, auf dem Wege der Wahlen den Sozialismus zu verwirklichen, ging ein von bürgerlicher Nervosität und wohl auch antidemokratischen Impulsen gespeister schleichender Prozeß der Machtverschiebung vor sich. Sollte es den Sozialdemokraten vielleicht doch gelingen, die von ihnen ersehnte 50-Prozent-Grenze zu überspringen, würde das bürgerliche Lager wohl gewappnet sein. Der 15. Juli 1927 beschleunigte diesen Prozeß und gab darüber hinaus dem Heimwehrfaschismus die Chance, durch die propagandistische Mißinterpretation der tragischen Ereignisse als einem roten Putschversuch, eine Massengefolschaft zu gewinnen.¹⁸⁵ Als die Nachricht von den Ereignissen in Wien Linz erreichte, reagierten

¹⁸¹ AStL, GPR vom 6. Mai 1927.

¹⁸² Dametz wurde wiederum zum Bürgermeister, Mehr zum 1., Dr. Stampfl zum 2. und der Großdeutsche Dr. Otto Foltz zum 3. Vizebürgermeister gewählt. AStL, GPR vom 13. Mai 1927.

¹⁸³ AStL, GPR vom 9. Juni 1927; AVA, Militärverband der Republik Österreich, Karton 5, Dok. 494/27. Brief Richard Bernascheks an die Verbandsleitung des Militärverbandes Wien, 10. Mai 1927.

¹⁸⁴ AVA, Militärverband der Republik Österreich, Karton 4. Auch Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1927, 20.

Vertrauensmännerwahlen des Bundesheeres in Oberösterreich

	Militärverband (SD)	Wehrbund (CS)	Nationalverband/Deutsche Soldatengewerkschaft (GD/NS)
1923	2058	51	5
	97,4	2,4	0,2
1926	1567	511	—
	75,4	24,6	
1927	1201	1028	46
	52,8	45,2	2,1
1928	652	1189	197
	32,0	58,3	9,7

¹⁸⁵ Zum 15. Juli 1927 allgemein Gulick, From Habsburg I (wie Anm. 57), 717–771; Botz, Gewalt (wie Anm. 60), 141–160; ders., Der „15. Juli 1927“, seine Ursachen und Folgen. In: Österreich

die Sozialdemokraten prompt, um ein Übergreifen der Unruhen auf Linz zu verhindern. Im Gemeinderat, der am 15. Juli tagte, wurde die Sitzung von Bürgermeister Dametz geschlossen. Gruber führte vereinfachend die blutige Demonstration auf bürgerliche Provokationen der Arbeiterschaft zurück.

Ich spreche momentan vielleicht in einer historischen Stunde. In Wien wird seit früh morgens geschossen. ... Dem verständigen, politisch denkenden Menschen kommt die Explosion nicht unerwartet. Sie ist die Antwort auf eine Folge unaufhörlicher Provokationen. ... Das Bürgertum lebt in der Psychose, dem Arbeiter jeden Schimpf antun zu können. Die Antwort sehen wir in den traurigen Ereignissen. ... Es ist wirklich an der Zeit, daß sich die einsichtigen bürgerlichen Elemente zu einer Politik entschließen, die nicht auf bloßer Verachtung gegenüber dem Arbeiter aufgebaut wird.¹⁸⁶

Durch eine von der sozialdemokratischen Führerschaft geleitete Massenversammlung am Abend des 15. Juli war es möglich, durch Resolutionen, die die provokatorische Rechtsprechung des Schattendorfer Prozesses verdammten, die Entrüstung der Arbeiter in harmlosere Bahnen zu lenken und eiserne Disziplin zu bewahren. Der von der Wiener Zentrale angeordnete 24stündige Generalstreik wurde in Linz sehr effektiv durchgeführt, obwohl die sozialdemokratische Führerschaft keineswegs enthusiastisch über den auch ausgerufenen unbefristeten Verkehrstreik war.¹⁸⁷ Landeshauptmann Schlegel kooperierte klugerweise mit den Sozialdemokraten und stand den Angeboten der Heimwehr, Ordnung zu schaffen, kühl gegenüber.¹⁸⁸ Die Haltung der christlich-sozialen Führung gegenüber der Heimwehr war noch immer skeptisch, im Falle Schlegels geradezu feindlich. Der 15. Juli brachte darin keine Änderung.¹⁸⁹ Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß die Heimwehrbewegung durch die Juliereignisse einen gewaltigen Auftrieb erfuhr.¹⁹⁰ Nach Polizeiberichten blieb jedoch die Heimwehr in Linz im Gegensatz zu ihrer neugewonnenen Stärke auf dem Lande relativ schwach, trotzdem sie auf die Sympathien der Mitglieder des Deutschen Turnerbundes rechnen konnte.¹⁹¹ Der Schutzbund war zu dieser Zeit numerisch und organisatorisch der Heimwehr weit überlegen.¹⁹²

In dieser schwierigen Zeit, in der es vor allem darauf ankam, kühlen Kopf zu bewahren und die ideologischen „softliners“ beim politischen Gegner zu ermutigen, den antidemokratischen Tendenzen entgegenzutreten, erlitt Linz mit dem Tod des Bürgermeisters Dametz am 21. September 1927 einen schweren Verlust. Was Dametz ein halbes

1927 bis 1938, Wien 1973, 31–42 sowie die Beiträge in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, Wien 1979. Für Oberösterreich Huemer, Ereignisse (wie Anm. 66), 58 ff.; Koref, Gezeiten (wie Anm. 12), 121 ff.

¹⁸⁶ AStL, GPR vom 15. Juli 1927. Die bürgerlichen Vertreter nahmen es sehr übel, daß ihnen keine Gelegenheit gegeben wurde, auf Grubers Anschuldigungen zu antworten. AStL, GPR vom 28. Mai 1930.

¹⁸⁷ Vgl. die Erklärung Grubers in der Sitzung der oberösterreichischen Landesregierung vom 16. Juli 1927. Hinweise dazu bei Gerhard Botz, Die „Juli-Demonstranten“, ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des „15. Juli 1927“. In: Die Ereignisse des 15. Juli 1927, Wien 1979, 56.

¹⁸⁸ Huemer, Ereignisse (wie Anm. 66), 58 ff.; Gamsjäger (wie Anm. 24), 26 ff.

¹⁸⁹ Lack, Entwicklung (wie Anm. 27); Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 16–30.

¹⁹⁰ AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 101, Dok. 219 259/31 („Heimatschutzbewegung in Oberösterreich“), 6. November 1931.

¹⁹¹ Wie Anm. 190.

¹⁹² Es gab über 2000 Schutzbündler in Linz allein. AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 100, Dok. 147 537/27 („Republikanischer Schutzbund in Oberösterreich“).

Jahr früher in der Trauerkundgebung über den verstorbenen Landeshauptmann Hauser gesagt hatte, konnte vollgültig auch auf ihn selbst angewendet werden. Hauser habe über die herrliche Gabe verfügt, im politischen Meinungsstreit ausgleichend zu wirken und die edle Tugend der Duldsamkeit und Versöhnlichkeit in vorbildlichem Maße geübt und sich dadurch die Wertschätzung weitester Kreise erworben, auch dort, wo man mit seinen politischen Grundsätzen nicht übereinstimme.¹⁹³

Neuer Bürgermeister wurde Robert Mehr, dem die bürgerlichen Parteien feindlich gegenüberstanden, der ohne Zweifel sich als tüchtiger Kommunalpolitiker bewährte, dessen Charakterfestigkeit jedoch suspekt war.¹⁹⁴ Allgemein kann gesagt werden, daß sich die Sozialdemokraten um Verständigung mit den bürgerlichen Parteien bemühten und die Jahre 1928 und 1929 relativ friedlich im Gemeinderat verliefen. Gruber ermutigte die bürgerlichen Parteien, dem Beispiel der Sozialdemokraten im Landtag zu folgen. Als Minderheit im Landtag vertreten die Sozialdemokraten streng den Standpunkt, sie hätten ein Recht auf Mitarbeit und Kontrolle, da das Land ein Proporzkörper sei. Sie übernahmen dafür auch offen die Verantwortung. Auch der Gemeinderat könne nur erfolgreiche Arbeiten leisten, wenn er sich seiner Zusammensetzung nach als Proporzkörperschaft äußere. Der Opposition wurde dann auch tatsächlich die Mitarbeit durch Schaffung eines paritätisch zusammengesetzten Finanzkontrollausschusses erleichtert.¹⁹⁵ Trotz der wirtschaftspolitischen Gegensätze – die bürgerlichen Parteien liefen vor allem Sturm gegen einen weiteren Ausbau der städtischen Wirtschaftsunternehmungen – wurde das Budget für 1928 praktisch einstimmig angenommen.¹⁹⁶ Die andauernde Finanzkrise und Arbeitslosigkeit und die allgemeine wirtschaftliche Notlage führten auch 1929 zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und den zwei großen bürgerlichen Parteien sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum. Gruber führte die allgemeine Finanzkrise auf das System der österreichischen Finanzverwaltung zurück, das darin bestand, die finanzielle Autonomie der Länder einzuschränken, was andererseits wiederum verheerende Wirkung auf das Gemeindebudget hatte.¹⁹⁷

Auch das Jahr 1929 verlief im Gemeinderat ruhig mit wenigen relativ harmlosen Auseinandersetzungen über Wohnungsbau- und Budgetfragen. In der Tat gab Gruber den Christlichsozialen in der Debatte über den Voranschlag 1930 hohe Noten. So führte er aus:

Die Generaldebatte unterscheidet sich diesmal wesentlich von früher. Mit einem gewissen Mute, der sicherlich Anerkennung verdient, hat der Vertreter der Christlichsozialen ausgesprochen, daß es geradezu eine Pflicht ist, mit der führenden Partei im Gemeinderat mitzuarbeiten. Es gehört in der heutigen Zeit sicherlich ein Selbstbewußtsein dazu, sich zu dieser Einsicht zu bekennen. Denn was unter sozialdemokratischer Führung irgendwo und irgendwie geführt wird, ist heute von vornherein eigentlich schon der Ausbund alles Schlechten.

¹⁹³ AStL, GPR vom 11. Februar 1927.

¹⁹⁴ Von 59 Stimmen wurden 31 für Mehr abgegeben, 27 Stimmzettel blieben leer. AStL, GPR vom 29. September 1927.

¹⁹⁵ AStL, GPR vom 19. Dezember 1927.

¹⁹⁶ Wie Anm. 195.

¹⁹⁷ AStL, GPR vom 21. Dezember 1928; Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1. 1.–31. 12. 1928, 23 f.; Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 71 f. Das Budget wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der großen bürgerlichen Parteien angenommen.

Und zu den Forderungen der bürgerlichen Parteien, die Lustbarkeits- und die Kraftwagenabgaben herabzusetzen, bemerkte er milde, daß doch eine Finanzpolitik in einer von der Sozialdemokratischen Partei geführten Gemeinde nicht darin bestehen könne, nur alle jene Steuern zu kürzen, die den Interessen jener Bevölkerungskreise Rechnung tragen, die nicht der Mehrheitsschicht der Bevölkerung angehören.¹⁹⁸

Der relative Friede im Gemeinderat während dieser Jahre war aber begleitet von ominösen Entwicklungen. Einmal, als Folge der Erfahrungen mit dem Schutzbund während der Juliereignisse in Wien und der beschleunigten Umpolitisierung von Bundesheer und Polizei wurde die sozialdemokratische Wehrformation reorganisiert. Auch in Oberösterreich wurde der Schutzbund die gestraffte und militarisierte Exekutivgruppe der Partei.¹⁹⁹ Zum anderen nahm die Heimwehr einen immer größeren Aufschwung, der schließlich die Christlichsozialen zwang, sich mit ihr ernstlich auseinanderzusetzen. Zwar fühlte sich die Sozialdemokratie beim ersten Heimwehraufmarsch in Linz am 14. Oktober 1928 noch nicht herausgefordert. Sie nahm die noch unter der Führung des christlichsozialen Politikers Gierlinger stehende Heimwehr, diesen Geisterspuk und Krampus, nicht sonderlich ernst. Überdies gelang es dem Landeshauptmann Schlegel, Heimwehr und Schutzbund, d. h. Gierlinger und Gruber, zu bewegen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe keine öffentlichen Kundgebungen zu veranstalten.²⁰⁰ Aber Mitte 1929 erfolgte eine personelle Umgruppierung der Heimwehr. An Stelle Gierlingers wurde Starhemberg zum ersten Landesleiter gewählt. Da Starhemberg sich nicht die Zurückhaltung seines Vorgängers auferlegte, antwortete der Schutzbund mit gleicher Münze und begann seinerseits mit großen Aufmärschen, wobei der bedeutendste wohl der vor dem Starhembergsschloß Waxenberg am 20. Oktober 1929 war.²⁰¹ Die „Verpolitisierung“ der Heimwehr – die christlichsoziale Chiffre für die Ausschaltung der Bauernvertreter in der Führung der Wehrformation zugunsten von Aristokraten und Offizieren – veranlaßte den Volksverein im September 1929 zu einer eindeutigen Stellungnahme. Dem Einfluß des Bauernbundes gegen den Widerstand von vielen Seiten, „z. B. Städtern, ja sogar von einzelnen Priestern“, war es zu danken, daß eine Trennungslinie zwischen den Diktaturgelüsten der Heimwehr und den zu jener Zeit noch grundsätzlich parlamentarisch orientierten Christlichsozialen Oberösterreichs gezogen wurde.²⁰²

¹⁹⁸ AStL, GPR vom 19. Dezember 1929. Gegen das Budget stimmten dann auch nur die Nationalsozialisten. Inzwischen hatte sich ein Bürgermeisterwechsel ergeben. Mehr mußte am 30. September 1929 auf Drängen seiner eigenen Partei sein Amt als Bürgermeister niederlegen. Sein Nachfolger für einen Winter wurde der biedere, farblose, aber verlässliche und einwandfreie Eduard Euler. AStL, GPR vom 15. und 17. Oktober 1929.

¹⁹⁹ Zur Problematik der Wehrkonzeption der Sozialdemokratie siehe Ilona Duczynska, Theodor Körner und der 12. Februar. In: Österreich 1927 bis 1938, Wien 1973, 109–121; Eric C. Kollmann, Theodor Körner, Militär und Politik, Wien 1973, 191–228.

²⁰⁰ Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei 1928, 1 und 55 f.; AVA, BKA, I, 22 OÖst. Karton 5 100, Dok. 167 823–8 („Heimatwehr Oberösterreich in Linz“), 14. Oktober 1928.

²⁰¹ Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei 1929, 50. Der Aufmarsch kam auch im Gemeinderat durch eine Anfrage der Großdeutschen zur Sprache. Zum Transport der Schutzbündler sollen Kraftwagen der Stadtgemeinde Linz benützt worden sein. AStL, GPR vom 21. November 1929; AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 100, Dok. 177 678 (Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung an das Amt der öö. Landesregierung), 21. Oktober 1929. Am 12. November 1929 kam es denn auch zu einem gewalttätigen Zusammenstoß in Linz zwischen Arbeitern und von einem Aufmarsch zurückkehrenden Heimwehrleuten. Botz, Gewalt (wie Anm. 60), 267.

²⁰² Kern, Bauern- und Kleinhäuslerbund (wie Anm. 4), 697–701.

Die Jahre 1930 und 1931 mit Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen, mit Putschversuchen und einer kurzfristigen Blüte der Heimwehr, mit dem Zerfall des großdeutschen Lagers, dem Revirement in der Führung der sozialdemokratischen Partei, einem wiederauflebenden Kulturkampf, einem neuen Gemeindestatut und der schweren Wirtschaftskrise sahen eine Verschärfung der politischen Gegensätze auch im Gemeinderat. Diese schärfere Tonart ist bereits ersichtlich aus den Zusammenstößen zwischen klerikalen und antiklerikalen Kräften in der Gemeindestube über die Frage, ob die Stadt verpflichtet sei, zur Reparatur von Kirchen einen Beitrag zu leisten. Die Rechtslage favorisierte zwar die antiklerikalen Elemente, aber es wäre im Interesse der Sozialdemokraten gewesen, den Christlichsozialen, die in dieser Frage außerordentlich empfindlich waren, einiges Entgegenkommen zu zeigen, anstatt sie mit Schützenhilfe der Nationalsozialisten vor den Kopf zu stoßen.²⁰³ Eine ähnliche taktische Inflexibilität zeigten die Sozialdemokraten angesichts eines christlichsozialen Antrags, armen Schülern auch in katholischen Privatschulen freie Lehrmittel zur Verfügung zu stellen.²⁰⁴

Auf die Zuspitzung der innenpolitischen Situation – symptomatisch dafür ist der sogenannte „Korneuburger Eid“ der Heimwehr vom 18. Mai 1930, der ihre totalitären Machtansprüche enthüllte²⁰⁵ – antwortete die Sozialdemokratische Partei in Oberösterreich mit der Besetzung des wichtigsten Postens, des Bürgermeisters von Linz, mit der stärksten Persönlichkeit der Partei, Josef Gruber. Während die Christlichsozialen für Gruber stimmten, gaben die Großdeutschen und die Nationalsozialisten leere Stimmzettel ab, die Großdeutschen sich beklagend, daß die Entsendung des ältesten, schärfsten Kämpfers und Streiters an die Spitze der Gemeinde ein Zeichen sei, daß die Sozialdemokraten den Kampf mit dem Bürgertum in noch schärferer Form als bisher führen wollen. Gruber selbst hatte die besten Absichten, sein Amt in objektivem Geist zu führen. Es hieße nun Abschied nehmen, führte er aus, von der frischfröhlichen Kampfbegeisterung und sich darauf besinnen, daß zum Wesen seines Amtes vor allem gehöre, Gegensätze auszugleichen. Glücklicherweise komme er in dieser Hinsicht aus einer guten Gesellschaft, aus der oberösterreichischen Landesregierung, einer der wenigen Heimstätten lebendiger Demokratie in diesem Bundesstaate. Als wichtigste kommunale Aufgaben betrachte er die Fortführung der Wohnbautätigkeit und die Ausgestaltung des städtischen Straßennetzes, wohl um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, und die Aufnahme einer Konvertierungs- und Investitionsanleihe. Mit deutlicher Spitze gegen die autoritären Bestrebungen der Heimwehr appellierte er an die Parteien im Gemeinderat, sich nicht von billigen Schlagworten einfangen zu lassen, wie sie derzeit gegenüber den bestehenden Vertretungskörpern gebraucht würden.²⁰⁶

Inzwischen rückte der 9. November, der Tag der Nationalratswahlen, immer näher. Die Christlichsozialen machten verzweifelte und vergebliche Versuche, eine drohende Wahlniederlage dadurch zu vermeiden, daß sie die Heimwehr davon abhielten, als eigene Partei aufzutreten. Ihre Schwierigkeiten wurden noch fünf Tage vor der Wahl durch eine von der Heimwehr angezettelte Waffensuche erhöht, die sich einseitig gegen

²⁰³ AStL, GPR vom 16. Jänner 1930, 23. April 1930 und 12. März 1931.

²⁰⁴ AStL, GPR vom 13. Juli 1931. Sozialdemokraten, Großdeutsche und Nationalsozialisten stimmten gegen den christlichsozialen Antrag.

²⁰⁵ Ludwig Jedlicka, Zur Vorgeschichte des Korneuburger Eides. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 7 (1963), 146 ff.

²⁰⁶ AStL, GPR vom 28. Mai 1930.

die Sozialdemokraten richtete. Auch in Linz war die Parole für die Sozialdemokraten, sich nicht provozieren zu lassen und die gebührende Antwort am Wahltag zu erteilen. Im Gemeinderat auf die Waffensuche angesprochen, wettete Gruber, daß eine Aktion, die sich so einseitig gegen einen Teil der Bevölkerung richte, nicht mehr von einem Putsch unterschieden werden könne. Auch unterstrich er den rein defensiven Zweck der Waffen des Schutzbundes.²⁰⁷ Die Wahl selbst machte die Sozialdemokraten zur stärksten Partei im Nationalrat. In Linz büßten sie allerdings einige Stimmen ein. Die großen Verlierer waren die Christlichsozialen, die durch die Konkurrenz des Heimatblocks empfindliche Stimmenverluste erlitten.²⁰⁸

Zum ersten Mal seit der Machtübernahme der Sozialdemokratie in Linz wurde ein Budget nur mit den Stimmen der Mehrheitspartei angenommen. Die langwierigen Verhandlungen über das neue Gemeindestatut demonstrierten aber auch wieder ein vernünftiges Maß an Kooperation.²⁰⁹

Die Landtagswahlen in Oberösterreich und die gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen in Linz und Steyr schienen einen Triumph für Parlamentarismus und Demokratie gebracht zu haben. Bereits die Nationalratswahl 1930 hatte die geringe Anziehungskraft der Heimwehr als Wahlpartei enthüllt. Die Landtagswahl bestätigte ihre Schwäche. Auf Landesebene gelang es keiner der extremistischen Parteien, weder dem Heimatblock noch den Nationalsozialisten, ein Mandat zu erringen.²¹⁰ Die Gemeinderatswahlen in Linz brachten jedoch dem Heimatblock einen Achtungserfolg auf Kosten der Christlichsozialen. Die Niederlage der Heimwehr auf dem Land war auf die scharfen Maßnahmen des Volksvereins zurückzuführen, der die Kandidatur des Heimatblocks mit der Aufforderung an alle christlichsozialen Wehrmänner, sofort aus der Heimwehr auszutreten, beantwortete.²¹¹ Diese Taktik war augenscheinlich nicht so erfolgreich im städtischen Bereich. In der Tat kamen ungefähr dreißig Prozent der Heimwehrstimmen aus Linz allein.

Die Sozialdemokratische Partei behauptete ihre absolute Majorität mit 32.136 Stimmen und 32 Mandaten, die Christlichsozialen blieben mit 14.271 Stimmen und 14 Mandaten die zweitstärkste Partei, die Großdeutschen mit 5925 Stimmen und 5 Mandaten knapp die drittstärkste Kraft. Mit 5796 Stimmen und ebenfalls 5 Mandaten folgte aber bereits der Heimatblock. Die Nationalsozialisten bewahrten ihren Bestand mit 4202 Stimmen und 4 Mandaten, die Kommunisten blieben weiterhin bedeutungslos und ohne Mandat (698 Stimmen).²¹²

Betrachtet man die parlamentarische Konstellation in Linz zwischen 1919 und 1931, fällt bei den zwei großen Parteien ein gutes Maß an Kontinuität ins Auge (Tabelle 4). Die Sozialdemokraten gewannen die absolute Mehrheit in den beiden Wahlen von 1919, fluktuierten zwischen 46 und 49 Prozent in den vier Wahlen zwischen 1920 und 1925, erreichten wieder eine absolute Mehrheit von 52 Prozent 1927, eine Pluralität von 49 Prozent drei Jahre später und eine absolute Majorität von 51 Prozent 1931.

²⁰⁷ AStL, GPR vom 27. November 1930; Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1930, 25 f. und 43 f.

²⁰⁸ Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 764–768.

²⁰⁹ AStL, GPR vom 23. Dezember 1930.

²¹⁰ Gerda Ziervogel, Die Landtagswahlen in Oberösterreich 1931, unveröff. Seminararbeit, Institut für Zeitgeschichte, Wien 1969.

²¹¹ Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 792 ff.

²¹² AStL, Alte Registratur, Sch. 90, Gemeinderats- und Landtagswahlen 19. April 1931; Linzer Tagblatt vom 20. April 1931.

Die Christlichsozialen erhöhten ihren Stimmenanteil von 21 Prozent im Jahre 1919 auf beinahe 30 Prozent 1923, verloren einen Teil ihres Wählerreservoirs zur Heimwehr 1930, erholten sich aber sechs Monate später. Die Großdeutschen zeigten die geringste Stabilität. Nach starken Fluktuationen in den Jahren 1919 und 1920 pendelten sie sich bei ungefähr 15 Prozent der Wähler ein, um 1931 einen entscheidenden Rückgang zu verzeichnen. Die Parteien, die den Parlamentarismus und die Demokratie ablehnten (Heimatblock, Nationalsozialisten und Kommunisten) erhöhten ihren Stimmenanteil von eineinhalb Prozent im Jahre 1920 auf 17 Prozent 1931.²¹³ Oberflächlich gesehen, erfreuten sich daher die demokratisch gesinnten Kräfte im Gemeinderat einer großen Überlegenheit. Die realpolitische Wirklichkeit sah allerdings anders aus, wie die Landtags- und Gemeinderatswahlen 1932 demonstrieren sollten.

Mittlerweile war Gruber wieder zum Bürgermeister gewählt worden. Diesmal stimmten sogar die Großdeutschen für Gruber, um, wie sie sagten, zu verhindern, daß der neue Bürgermeister durch eine rein parteimäßige Wahl dazu gedrängt werde, sich nur als Bürgermeister einer Partei zu fühlen. Die Heimwehler und die Nationalsozialisten gaben leere Stimmzettel ab.²¹⁴

Das Resultat der Wahlen im April 1931 hatte Hoffnungen geweckt, daß trotz fortschreitender Wirtschaftskrise der Trend nach rechts aufgehalten werden könnte. In der Heimwehr zeigten sich starke Verfallserscheinungen, die Nationalsozialisten schienen zu stagnieren. Um ihren Zerfall doch irgendwie aufhalten zu können, unternahm die Heimwehr einen Putsch, der von der Steiermark ausgehend, auch auf Oberösterreich übergriff. Der Putsch des 13. September 1931 wurde in Oberösterreich ohne Schwierigkeiten unterdrückt.²¹⁵ Zwar murrten die Sozialdemokraten, daß die Exekutive es nicht gerade eilig hatte, gegen die Putschisten vorzugehen, „im schroffsten Gegensatz zu der im November 1930 anlässlich der Waffensuche gezeigten großen Aktivität der Exeku-

²¹³ Auf Grund der erhaltenen Mandate im Gemeinderat ergab sich folgende Übersicht für die gesamte Periode:

Zusammensetzung des Linzer Gemeinderats 1919–1934
(in Prozenten und absoluten Zahlen)

Partei	1919	1923	1927	1931
Sozialdemokraten	55,0 33	50,0 30	53,4 32	53,4 32
Christlichsoziale	28,3 17	26,7 16	25,0 15	23,4 14
Großdeutsche	16,7 10	16,7 10	15,0 EL * 9	8,3 5
Nationalsozialisten		6,6 4	6,6 4	6,6 4
Heimwehr				8,3 5
	100	100	100	100

* Die Mandatsverteilung der Einheitsliste (EL) erfolgte auf Grund von Parteienvereinbarungen.

²¹⁴ AStL. GPR vom 18. Mai 1931. Das Debüt der Heimwehr im Gemeinderat war formgemäß. Ihr Hauptsprecher Dr. Heinrich Steinsky bezeichnete eine von den Parteien vereinbarte Erhöhung der Zahl der Stadträte von acht auf neun als etwas, das ins Gebiet der politischen Schweinerei gehöre.

²¹⁵ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 50–60. Über den Pfrimerputsch allgemein Carl Edmondson, *The Heimwehr and Austrian Politics*, Athens, Ga. 1978, 130–149.

Tabelle 4. Ergebnisse der Wahlen in Linz-Stadt (in Prozenten)

	SD	CS	GD	Land- bund	Schober- block	Heimat- block	NS	KP	andere	zu- sammen
NR										
16. 2. 1919	51,58	21,37	27,05							100
GR										
18. 5. 1919	55,26	28,20	16,54							100
NR										
17. 10. 1920	46,13	26,13	25,96					1,43	0,35	100
GR										
26. 6. 1923	48,60	26,30	15,70				7,90	1,50		100
NR										
21. 10. 1923	49,67	29,55	20,78 ¹							100
LT										
17. 5. 1925	46,29	42,81 ²					7,67	2,10	1,13	100
NR										
24. 4. 1927	52,34	42,64 ³		2,97			0,07	0,37	1,61	100
GR										
24. 4. 1927	52,67	46,97 ⁴						0,36		100
NR										
9. 11. 1930	48,63	18,62		0,99	14,52	11,41	4,71	0,57	0,55	100
LT										
19. 4. 1931	50,74	23,23	9,48 ⁵			9,45	6,11	0,99		100
GR										
19. 4. 1931	50,98	22,66	9,39			9,19	6,67	1,11		100

Listen:

¹ Großdeutsche und Landbund² Christlichsoziale, Großdeutsche, Landbund³ Christlichsoziale und Großdeutsche⁴ Christlichsoziale, Großdeutsche und Nationalsozialisten⁵ Landbund und Großdeutsche

Zusammengestellt nach Statistischen Vierteljahresberichten der Stadt Linz 1922 – 1932 und AStL, Alte Registratur, Sch. 80, 85 und 90.

tivgewalten“²¹⁶, doch war die Haltung des Landeshauptmanns Schlegel einwandfrei. Auch scheint die Bereitstellung des Schutzbundes auf organisatorische und technische Schwierigkeiten gestoßen zu sein, die zu einer umgehenden Überprüfung und Rektifizierung der Mängel führten und zu einer weiteren Militarisierung der Wehrformation beitrugen.

Die Debatte zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen über die Frage, wer denn nun den Staat gerettet hätte, führte zu einer weiteren Vergiftung der politischen Atmosphäre. So zog das Linzer Volksblatt scharfmacherisch eine Parallele zwischen dem Pfriemer-Putsch und den Ereignissen am 15. Juli 1927.

Hätten die Christlichsozialen in den Regierungen so gehandelt wie die Sozialdemokraten am 15. Juli, so hätten wir heute noch keine Ruhe. ... der sozialdemokratische Parteivorstand machte sofort gemeinsame Sache mit den Brandstiftern und Plünderern, indem der Verkehrsstreik anbefohlen und damit die Niederschlagung des Aufstandes durch Zuhilfenahme auswärtiger Kräfte unmöglich gemacht wurde. ... es ist auch noch in frischer Erinnerung, daß der Linzer Bürgermeister Gruber im Gemeinderat am 15. Juli „denen, die die Freiheit verteidigen“, seinen Gruß entbot und daß er am Abend desselben Tages die sozialdemokratischen Massen zu einem Sturm auf das „Linzer Volksblatt“ aufzuhetzen versuchte. ... Zwischen ihnen [den Sozialdemokraten] und den

²¹⁶ Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1931, 49 f.

verbrecherischen Veranstaltern des Heimatschutz-Putsches besteht nicht der geringste Unterschied: Beide haben versucht, dem Staate die Gurgel umzudrehen, beiden ist es dank den von den christlichsozialen Ministern in Ordnung gebrachten Truppen des Staates mißlungen.

Allerdings muß man hinzufügen, daß sich das Linzer Volksblatt auch in starken Äußerungen gegen die Freisprüche im Pfrimer-Prozeß wandte.²¹⁷ Im Gemeinderat zeigten sich die Nachwehen des Pfrimer-Putsches in einem Versuch des Sozialdemokraten Richard Strasser, die Heimwehr von einer großangelegten Hilfsaktion für den kommenden Winter auszuschließen. Auf einen Antrag der Nationalsozialisten, die Heimwehrvertreter auch einzuladen, antwortete er hitzig, daß nur Parteien, die sich aufrecht zur Verfassung bekennen, sich an der Aktion beteiligen dürften. Überraschenderweise winkte Gruber ab und empfahl seinen Parteikollegen, auf den Zwist nicht einzugehen.²¹⁸

In zunehmendem Grade verlief die Hauptfront der Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und den faschistischen Kräften nicht mehr zwischen ihr und der Heimwehr, sondern zwischen ihr und den rasch aufkommenden Nationalsozialisten. Die erhöhte Aktivität und Effizienz der Nationalsozialisten war ein Produkt der organisatorischen Fähigkeiten von Theo Habicht, der, von Hitler im Juli 1931 nach Linz gesandt, de facto der Führer der österreichischen Nationalsozialisten wurde. Seine Politik war weniger darauf gerichtet, sich mit den Großdeutschen gut zu stellen, als die von ihrer schwachen Führung enttäuschten Heimwehrler zu gewinnen.²¹⁹ Die Ergebnisse der Landtags- und Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932 in Niederösterreich, Salzburg und Wien gaben ein dramatisches Zeugnis für die Umschichtung in der politischen Landschaft Österreichs. Die Heimwehrler verloren jede selbständige Bedeutung als Partei, nicht jedoch als Mitglieder der Bundesregierung, die Großdeutschen wurden im nationalsozialistischen Vormarsch zermalmt.²²⁰

Polizeiberichte indizieren in Linz im Winter 1931/32 einen Verfall der Heimwehr und nationalsozialistische Gewinne. Im April 1932 wurde die NS-Parteimitgliedschaft etwas übertrieben auf 1100 mit einem Reservoir von 7000 Sympathisanten geschätzt.²²¹ Die gut besuchten Massenversammlungen, die von den Nationalsozialisten abgehalten wurden, erweckten wahrscheinlich den Eindruck außergewöhnlicher Stärke.²²² Im Kampf um die Straße war der prinzipielle Gegner der Nationalsozialisten der Republikanische Schutzbund, der dank seiner numerischen Überlegenheit den einen oder anderen Sieg über die nationalsozialistischen Schlägertrupps erfocht.²²³

Im Gemeinderat kam es zwar zu keinen handgreiflichen Auseinandersetzungen, das Niveau der Debatten erreichte jedoch einen beispiellosen Tiefpunkt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren antisemitische Bemerkungen selten und nie ad hominem, von nun an

²¹⁷ Linzer Volksblatt vom 18. September 1931 und 22. Dezember 1931.

²¹⁸ AStL, GPR vom 17. September 1931.

²¹⁹ Carsten, *Fascist Movements* (wie Anm. 66), 183 f. und 194–207; AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 102, Dok. 203 966/32, 29. August 1932.

²²⁰ Simon, *Political Parties* (wie Anm. 31), 321–331.

²²² Z. B. der große Aufmarsch in Linz am 4. und 5. Juni 1932. AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5102, Dok. 169 028/32, 4. Juni 1932.

²²³ Im Dezember 1932 schätzte die Polizei die Stärke der SA und SS auf ungefähr 260 Mann. AVA, BKA, I, 22 OÖst, Karton 5 102, Dok. 251 167/32. Der schwerste Zusammenstoß ereignete sich in Linz am 27. Mai 1932, bei dem acht Nationalsozialisten und fünf weitere Personen erheblich verletzt wurden. Dazu Botz, *Gewalt* (wie Anm. 60), 198 f.

waren sie gang und gäbe und die Gemeinderäte Schneeweiß und Koref wurden besonders von den nationalsozialistischen Gemeinderäten mit antisemitischem Schmutz beworfen. Mehr und mehr wurde der Gemeinderat zum reinen Propagandaforum. So brachten zum Beispiel die Nationalsozialisten, ihren Sieg in den Aprilwahlen ausnützend, zusammen mit der Heimwehr einen Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des Gemeinderates und Abhaltung von Neuwahlen ein, da der Ausgang der Wahlen ja gezeigt habe, daß sich die politischen Verhältnisse in Österreich gründlich geändert hätten und Linz da keine Ausnahme sei.²²⁴ In der Abwehr dieser Agitation konnten die Sozialdemokraten auf die Unterstützung der Christlichsozialen zählen, die mit der Heimwehr geflirtet hatten, solange sie keine Konkurrenz bei den Wahlen darstellte, die aber dem Nationalsozialismus durchaus unversöhnlich gegenüberstanden. Die Zweckallianz zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen wirkte sich auch in Budgetfragen aus, da letztere im Gegensatz zum Vorjahr für den Voranschlag 1932 stimmten.²²⁵

Unglücklicherweise wurde die Mehrheitspartei gerade zu dieser Zeit von einigen peinlichen Korruptionsfällen geplagt, die Stadtrat Robert Mehr und Magistratsdirektor Dr. Josef Stöger involvierten. Zwar legte Mehr im Februar 1932 sein Mandat nieder und schied aus der Partei aus, Stöger verließ die Partei im April 1933²²⁶, doch gewinnt man den Eindruck, daß diese Korruptionsfälle von den Sozialdemokraten nicht allzu glücklich behandelt wurden. Die Fälle Mehr und Stöger beschäftigten den Gemeinderat mehrere Male und wurden besonders von den extremistischen Parteien benutzt, den Eindruck zu erwecken, daß die gesamte sozialdemokratische Verwaltung korrupt sei.²²⁷ Die Nationalsozialisten lancierten auch das Gerücht, daß unter Bürgermeister Gruber Millionenfälschungen in der Stadtverwaltung begangen worden seien. Da zur selben Zeit die Christlichsozialen im Landtag Opfer der Betrügereien des Bankiers Alma geworden waren²²⁸, bestand in den Augen der Nationalsozialisten kein Zweifel, daß eine Konspiration zwischen der schwarz-bürgerlichen „Alma“-Front und den roten Millionenfälschern im Rathaus bestand. Daß der Finanzreferent der Stadt Jude war, lieferte für sie den schlüssigen Beweis.²²⁹

Wie lautstark sich die Nationalsozialisten auch gebärdeten, sie waren eine künftige Gefahr. Die unmittelbare Bedrohung des Parlamentarismus ergab sich aus den autoritären Maßnahmen der Regierung Dollfuß im März 1933, die in ihrer Kumulation einem Staatsstreich gleichkamen.²³⁰ Aufgrund des gemäßigten politischen Klimas in Oberösterreich sollte man annehmen, daß die Möglichkeit gegeben war, sich der Demonstage der Demokratie zu widersetzen. Von seiten Schlegels war der gute Wille vorhanden, auf dem Boden der Verfassung zu bleiben. Doch waren antidemokratische Denk-

²²⁴ AStL, GPR vom 1. Juli 1932.

²²⁵ AStL, GPR vom 18. Dezember 1931.

²²⁶ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 257 und 265.

²²⁷ AStL, GPR vom 18. Dezember 1931, 3. Februar 1932, 12. Februar 1932, 1. April 1932 und 17. November 1932.

²²⁸ Über den Alma-Skandal siehe Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 92–96.

²²⁹ AStL, GPR vom 17. November 1932.

²³⁰ Einen interpretativen Überblick über die Etablierung des Dollfuß-Regimes gibt Gerhard Botz, Die Ausschaltung des Nationalrates und die Anfänge der Diktatur Dollfuß im Urteil der Geschichtsschreibung von 1933 bis 1973. In: Anton Benya, Vierzig Jahre danach. Der 4. März im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, Wien 1973.

haltungen im Volksverein bereits so weit fortgeschritten, daß der Landeshauptmann zunehmend isoliert wurde.²³¹ Die Stationen dieses Zerfallsprozesses gingen von der Einsetzung eines Sicherheitsdirektors, der den Landeshauptmann eines Teiles seiner Polizeihochzeit beraubte, über die Entfernung des Klerus aus der Politik, wodurch Schlegel seine bewährtesten Ratgeber verlor, zur „Entpolitisierung“ des Katholischen Volksvereins, die Schlegel zu einem Mann ohne Partei machte, und zu dem von der Dollfuß-Regierung ungezügelter Druck der Heimwehr auf die revolutionäre Umgestaltung der Landesregierung bis zu seiner Resignation.²³² Diese Entwicklung entsprach wohl im wesentlichen der antiparlamentarischen Stimmung der christlichsozialen Land- aber noch mehr der Stadtbevölkerung.

Die sozialdemokratische Führung glaubte sich durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse in die Zwangslage versetzt, eine Defensivpolitik verfolgen zu müssen. Die nunmehr katastrophale Arbeitslosigkeit führte zu einer Schrumpfung der Freien Gewerkschaften, schwächte die sozialdemokratische Position in den Betrieben und resultierte auch in einem Rückgang der Parteimitgliedschaft.²³³ Die wirtschaftliche Verunsicherung, Apathie und Demoralisierung eines ansehnlichen Teiles der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft veranlaßte andererseits kleinere Gruppen von Aktivisten, die von der Defensivpolitik der Parteizentrale frustriert waren, sich einem Aktionismus zu verschreiben, der unter den gegebenen Voraussetzungen ebenso zum Untergang führen mußte wie die Defensivpolitik.

Im Linzer Gemeinderat kam die Ausschaltung des Nationalrates erst am 12. Mai 1933 zur Sprache. Ein Dringlichkeitsantrag, der von Sozialdemokraten, Großdeutschen und Nationalsozialisten unterstützt wurde, forderte die Bundesregierung auf, „im Interesse des Bürgerfriedens und der notleidenden Wirtschaft ehebaldest für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge zu tragen, insbesondere die Einschränkung der gesetzlich gewährleisteten Freiheitsrechte zu beseitigen und den sofortigen Zusammentritt der freigewählten Volksvertretung zu ermöglichen“. Die Debatte dokumentiert die schwierige Zweifrontenstellung der Sozialdemokraten gegen Dollfuß einerseits und die Nationalsozialisten andererseits. Der Sprecher der Sozialdemokraten war Dr. Ernst Koref, der in einer meisterhaften Analyse eine Interpretation der Ausschaltung des Nationalrats gab, die auch im Lichte neuer historischer Forschungen besteht. Gleichzeitig ist er auch Zeuge für gewisse Illusionen, die damals am rechten Flügel der Sozialdemokraten unterhalten wurden, nämlich, daß Dollfuß sich zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie unter dem Druck der Länder und des Bundespräsidenten bereiterklären würde.

In seiner Rede führte Koref u. a. aus, daß die österreichische Bundesregierung einen rein formalen Konflikt, der bei einigem guten Willen leicht zu bereinigen gewesen wäre, dazu benutzte, die Verfassung zu suspendieren und das Parlament auszuschalten. Die Regierungsparteien hätten solange die Phraseologie vom Versagen des Parlaments nachgeleiert, bis sie schließlich einen willkommenen Anlaß benutzen zu können glaub-

²³¹ Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 101–126.

²³² Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg (wie Anm. 4), 142 ff. Zur offiziellen Akzeptierung des autoritären Kurses der Regierung Dollfuß siehe die Rede des Volksvereinspräsidenten Nationalrat Dr. Aigner auf der Volksvereins-Delegiertentagung vom 17. April 1933 bei Kern, Bauern- und Kleinhauslerbund (wie Anm. 4), 1207–1213.

²³³ Dieser Schrumpfungprozeß begann bereits vor 1930. In Linz sank die Mitgliederzahl von 13.375 im Jahre 1929 auf 11.501 im Jahre 1931.

ten, den österreichischen Parlamentarismus lahmzulegen und eine Koalition einzugehen im Zeichen des Antimarxismus. Obwohl ihre soziale Basis seit Jahren außerordentlich klein sei, versuchte die Regierung in Anwendung ihres angemäßen usurperten Notverordnungsrechtes eine Diktatur zu errichten. Die österreichische Arbeiterschaft bejahe diesen Staat, weil sie ja selbst aktiv und aufopfernd an seiner Wiege gestanden hatte. Diese Bejahung werden die mittlerweile zur Minderheit gewordenen Regierungsparteien auf die Dauer nicht durch Zwangsmaßnahmen und nicht durch ununterbrochene Demütigungen der Arbeiterschaft finden (wie z. B. Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, Verbot der Maifeiern). Da der Feind für die Sozialdemokraten nicht nur in der Kombination der autoritären Christlichsozialen mit der Heimwehr lag, sondern auch in den Nationalsozialisten, konnte Koref nicht umhin, sich von dieser peinlichen Schützenhilfe zu distanzieren und klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Sozialdemokraten eine Verbindung mit dem Deutschland des brutalsten Terrors und der Unkultur ablehnten.²³⁴

Die wesentlichen Punkte dieser Rede sind unschwer zu erkennen. Erstens handelte es sich bei der Anwendung des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 um einen eindeutigen Verfassungsbruch; zweitens führte die staatsbejahende, nichtrevolutionäre Haltung der Sozialdemokratischen Partei Rechtfertigungen diktatorischer Maßnahmen unter dem Zeichen des Antimarxismus ad absurdum; drittens führte die schmale Basis von einer Stimme die Regierung in Versuchung, anstatt auf die Herrschaft zu verzichten, die demokratische Legitimisierung durch diktatorische Maßnahmen zu umgehen; und letztens wäre die Sozialdemokratie bereit, mit der Regierung in der Bekämpfung des Nationalsozialismus zusammenzuarbeiten.²³⁵

Die leichtfertige Antwort des christlichsozialen Sprechers Dr. Stampfl dokumentiert, daß er bereits ins autoritäre Lager hinübergewechselt hatte.²³⁶ Er begann mit der verwunderten Frage, warum die Sozialdemokraten solange gebraucht hätten, diese Fragen im Gemeinderat aufzuwerfen, stellte fest, daß die Gesetzmäßigkeit des Notverordnungsweges eine Angelegenheit des Verfassungsgerichtshofes sei und bemerkte, daß es der Sozialdemokratischen Partei nicht anstünde, Kritik zu üben, nachdem sie jahrelang im Nationalrat die Gesetzgebung behindert und unmöglich gemacht habe. Die Sozialdemokraten seien einfach nicht glaubwürdig in ihren Angeboten, den inneren Frieden und die Aussöhnung mit dem Bürgertum zu wollen. Überdies sei der Gemeinderat rechtlich nicht zuständig, die angeschnittenen Fragen zu behandeln.²³⁷ Auf die für einen oberösterreichischen Christlichsozialen sonderbare Bindung von Dollfuß an die Heimwehr ging er nicht ein.²³⁸

²³⁴ AStL, GPR vom 12. Mai 1933.

²³⁵ Es ist kein Zufall, daß sich Dr. Koref, Josef Gruber und Richard Bernaschek aktiv an den Diskussionen über geeignete Abwehrmaßnahmen gegen den Nationalsozialismus beteiligten. Vgl. Anton Staudinger, Die „Sozialdemokratische Länderkonferenz“ vom 15. September 1933 in Salzburg. Ein sozialdemokratisches Angebot militärischer Kooperation mit der Regierung Dollfuß gegen den Nationalsozialismus. In: Festschrift Franz Loidl zum 65. Geburtstag, 3. Bd., Wien 1971, 247–260.

²³⁶ Es sollte nicht überraschen, daß Stampfl auch im Ständestaat eine führende Rolle im Linzer Gemeinderat spielte.

²³⁷ AStL, GPR vom 12. Mai 1933.

²³⁸ Allgemein über die Rolle der Christlichsozialen während dieser kritischen Periode Anton Staudinger, Die Mitwirkung der christlich-sozialen Partei an der Errichtung des autoritären Ständestaates. In: Österreich 1927–1938, Wien 1973, 68–75.